

Ostpommersche Wirtschaft

Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer

für den Regierungsbezirk Köslin zu Stolp,

Mitteilungen der Einzelhandelsvertretung der Industrie- u. Handelskammer

herausgegeben von dem stellv. Syndikus Dr. Holz, Stolp.

Mitteilungen der Steuer- und Buchführungsstelle der Industrie- und Handelskammer

herausgegeben von Steuer Syndikus Dr. Granzow, Stolp

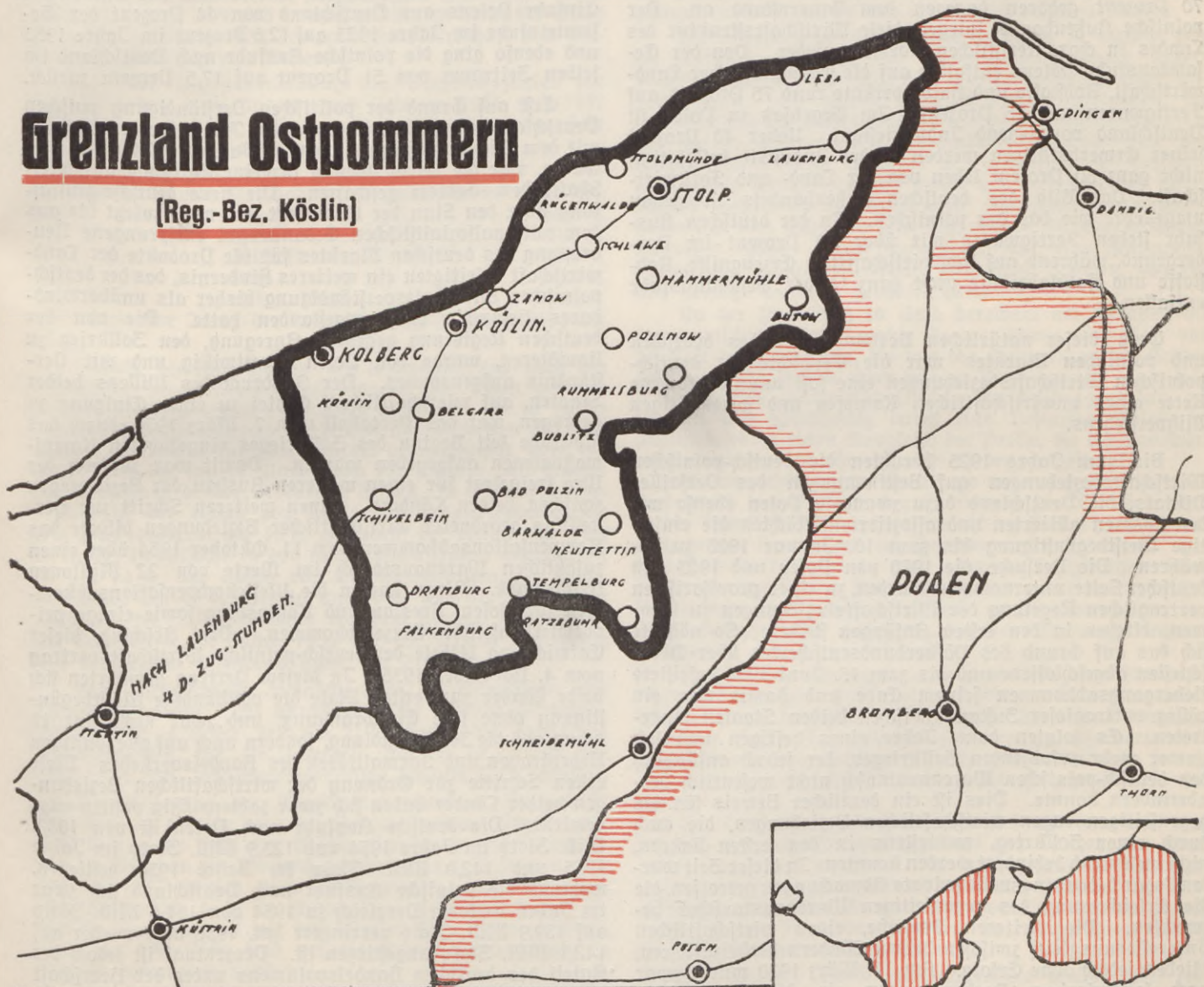
Heft 4

Juni / Juli 1937

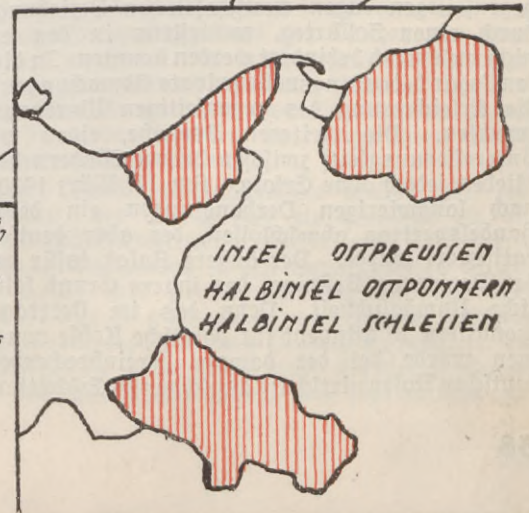
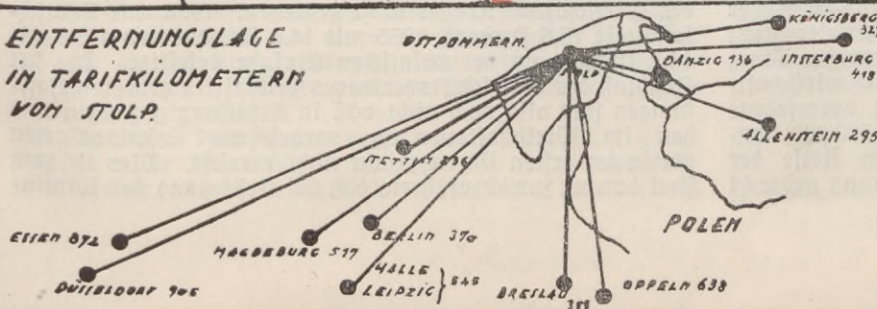
34. Jahrgang

Grenzland Ostpommern

(Reg.-Bez. Köslin)



ENTFERNUNGS-LAGE
IN TARIKILOMETERN
VON STOLP.



Deutschland und Polen

Dr. Hjalmar Schacht spricht auf der Jubiläumstagung der Deutschen Handelskammer für Polen

Aus „10 Jahre Deutsche Handelskammer für Polen 1927—1937“

Es gibt nur wenige Nachbarstaaten, die aus ihrer Verkehrsgeographischen Lage zueinander und dem Aufbau ihrer Wirtschaft so viele Vorbedingungen für einen regen Güter- und Austausch in sich bergen wie Deutschland und Polen. Von der 5534 Kilometer langen Grenze Polens entfallen 1912 Kilometer oder 34,5 Prozent auf den deutsch-polnischen Grenzverlauf. Vor allem ist es aber ihre Wirtschaftsstruktur, die die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen in der glücklichsten Weise befördert sollte. Trotz fortschreitender Industrialisierung ist Polen auch heute noch vorwiegend Agrarland. Nur etwas über 10 Prozent der in Polen Werktätigen finden Arbeit und Brot in der Industrie, über 70 Prozent gehören dagegen dem Bauernstand an. Der polnische Außenhandel spiegelt diese Wirtschaftsstruktur des Landes in charakteristischen Formen wieder. Von der Gesamtausfuhr Polens entfallen auf die Erzeugnisse der Landwirtschaft, Rohstoffe und Halbfabrikate rund 75 Prozent, auf Fertigwaren nur 25 Prozent. Im Gegensatz zu Polen ist Deutschland vorwiegend Industriestaat. Über 40 Prozent seiner Erwerbstätigen werden in der Industrie beschäftigt, nicht ganz 30 Prozent leben von der Land- und Forstwirtschaft. Das Bild des deutschen Außenhandels ist genau umgekehrt wie das des polnischen. In der deutschen Ausfuhr stehen Fertigwaren mit über 80 Prozent im Vordergrund, während auf landwirtschaftliche Erzeugnisse, Rohstoffe und Halbfabrikate nicht ganz $\frac{1}{3}$ der Gesamtausfuhr entfallen.

Trotz dieser natürlichen Verbundenheit des deutschen und polnischen Marktes war die Geschichte der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen eine fast ununterbrochene Kette eines unwirtschaftlichen Kampfes und gegenseitigen Mißverständens.

Bis zum Jahre 1925 beruhten die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen auf Bestimmungen des Versailler Diktats, die Deutschland dazu zwangen, Polen ebenso wie den anderen alliierten und assoziierten Mächten die einseitige Meistbegünstigung bis zum 10. Januar 1925 zu gewähren. Die Versuche, die 1920 von Polen und 1923 von deutscher Seite unternommen wurden, zu einer provisorischen vertraglichen Regelung der Wirtschaftsbeziehungen zu kommen, blieben in den ersten Anfängen stecken. So näherte sich das auf Grund des Völkerbundsentscheides über Oberschlesien abgeschlossene und bis zum 15. Juni 1925 befristete Ubergangsabkommen seinem Ende und damit war ein völlig vertragloser Zustand zwischen beiden Staaten eingetreten. Es folgten dann Jahre eines heftigen und sich immer mehr zuspitzenden Zollkrieges, der jedoch anfänglich den deutsch-polnischen Warenaustausch nicht wesentlich herabmindern konnte. Dies ist ein deutlicher Beweis für die gegenseitigen engen wirtschaftlichen Beziehungen, die auch durch einen Zollkrieg, wenigstens in den ersten Jahren, nicht wesentlich behindert werden konnten. In dieser Zeit wurden sogar bedeutungsvolle private Abmachungen getroffen, die die Erleichterung des gegenseitigen Warenaustausches bezweckten. Die weiteren Versuche, einen wirtschaftlichen Interessenausgleich zwischen beiden Ländern herbeizuführen, blieben jedoch ohne Erfolg. Am 17. März 1930 wurde zwar nach langwierigen Verhandlungen ein deutsch-polnischer Handelsvertrag abgeschlossen, der aber deutscherseits nicht ratifiziert wurde. Der äußere Anlaß dafür war der Sturz der Regierung Brüning, der innere Grund seine wirtschaftliche Unmöglichkeit. Denn das im Vertrag vorgesehene monatliche Kontingent für polnische Kohle von 300 000 Tonnen würde bei der damals hereinbrechenden Krise der deutschen Kohlewirtschaft die schwerste Erschütterung gebracht

haben. Außerdem war ein Schweinekontingent von 200 000 Stück jährlich vereinbart, das im Hinblick auf den Rückgang des Fleischverbrauchs infolge der Krise große Schwierigkeiten auf dem damals noch ungeordneten deutschen Agrarmarkt bereitet haben würde. So nahm der Zollkrieg zwischen Deutschland und Polen seinen Fortgang und jetzt blieben die Umsätze erheblich hinter denen der Vorjahre zurück. Eine erhebliche Verschärfung erfuhr die Lage, als im Oktober 1933 ein neuer polnischer Zolltarif mit wesentlich erhöhten Sätzen in Wirksamkeit trat. Diese Zollsätze zu überspringen, war dem deutschen Ausführer in den meisten Fällen nicht mehr möglich und so kam das Sinken der Einfuhr Polens aus Deutschland von 44 Prozent der Gesamteinfuhr im Jahre 1923 auf 12,6 Prozent im Jahre 1933 und ebenso ging die polnische Ausfuhr nach Deutschland im selben Zeitraum von 51 Prozent auf 17,5 Prozent zurück.

Erst auf Grund der politischen Verständigung zwischen Deutschland und Polen, die durch die Initiative des Führers mit dem Nichtangriffspakt vom 24. Januar 1934 eingeleitet wurde, war die Voraussetzung für eine Einigung auf wirtschaftlichem Gebiete geschaffen. Die neue deutsche Auffassung über den Sinn der Wirtschaft und nicht zuletzt die aus dem nationalsozialistischen Gedankengut entsprungene Neuordnung des deutschen Marktes für die Produkte der Landwirtschaft beseitigten ein weiteres Hindernis, das der deutsch-polnischen Wirtschaftsverständigung bisher als unüberwindbares Hemmnis entgegengestanden hatte. Die von der deutschen Regierung gegebene Anregung, den Zollkrieg zu liquidieren, wurde von Polen bereitwillig und mit Verständnis aufgenommen. Der Ausdruck des Willens beider Staaten, auf wirtschaftlichem Gebiet zu einer Einigung zu gelangen, war das Protokoll vom 7. März 1934, durch das sämtliche seit Beginn des Zollkrieges eingeführten Kampfmaßnahmen aufgegeben wurden. Damit war zugleich der Weg freigelegt für einen weiteren Ausbau der Beziehungen zwischen beiden Ländern. Einen weiteren Schritt zur Herstellung geordneter wirtschaftlicher Beziehungen bildete das Kompensationsabkommen vom 11. Oktober 1934 über einen zusätzlichen Warenaustausch im Werte von 22 Millionen Reichsmark. Hinzu kamen die Messerkompensationsabkommen für Posen, Breslau und Königsberg sowie einige privatwirtschaftliche Einzelabkommen. Den Abschluß dieser Entwicklung bildete der deutsch-polnische Wirtschaftsvertrag vom 4. November 1935. In diesem Vertrag gewährten sich beide Länder zum ersten Male die vollständige Meistbegünstigung ohne jede Einschränkung, und zwar nicht nur in bezug auf die Zollbehandlung, sondern auch auf alle sonstigen Nebenfragen und Formalitäten des Handelsverkehrs. Diese ersten Schritte zur Ordnung der wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder haben sich zwar zahlenmäßig positiv ausgewirkt. Die deutsche Ausfuhr nach Polen ist von 108,5 Mill. Zloty im Jahre 1934 auf 123,9 Mill. Zloty im Jahre 1935 und 142,9 Mill. Zloty im Jahre 1936 gestiegen, während die polnische Ausfuhr nach Deutschland sich zwar im Jahre 1935 im Vergleich zu 1934 von 161,6 Mill. Zloty auf 139,9 Mill. Zloty verringert hat, 1936 aber wieder auf 142,1 Mill. Zloty angestiegen ist. Prozentual ist jedoch der Anteil des deutschen Handelsvolumens unter der Herrschaft des Wirtschaftsvertrages nicht gestiegen. 1934 war Deutschland mit 13,6 Prozent, 1935 mit 14,4 Prozent und 1936 mit 14,2 Prozent an der polnischen Einfuhr beteiligt. Die bei Abschluß des Wirtschaftsvertrages beiderseits gehegten Hoffnungen sind also noch nicht voll in Erfüllung gegangen und das im Wirtschaftsvertrag vorgesehene Gesamtvolumen wurde im ersten Vertragsjahr nicht erreicht. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß bei Festlegung der Kontin-

gente die Absatzmöglichkeiten für einen Großteil der deutschen Waren, deren Einfuhr nach Polen vor Inkrafttreten des Wirtschaftsverbandes entweder ganz verboten oder doch stark erschwert war, nicht genau übersehen werden konnten. In dem nahezu neun Jahre dauernden Zollkrieg zwischen Deutschland und Polen hatten sich in beiden Ländern tiefgehende strukturelle Veränderungen vollzogen, die auch eine gänzlich neue Situation im Außenhandel schufen. In dieser Zeit waren neue Industrien in Polen entstanden und neue Konkurrenten auf dem polnischen Markt erschienen. Die

Deutschland zuerkannten Kontingente erwiesen sich in Anbetracht der veränderten Marktlage teils als zu hoch, teils als zu niedrig. Der jetzigen Aufnahmefähigkeit des polnischen Marktes für deutsche Erzeugnisse trägt das neue deutsch-polnische Abkommen vom 20. Februar d. Js. über die Verlängerung des Wirtschaftsverbandes um weitere zwei Jahre weitgehend Rechnung, in dem auf Grund der Erfahrungen, die im ersten Vertragsjahr gewonnen wurden, eine entsprechende Korrektur der Wertgrenzen für die deutsche Ausfuhr nach Polen vorgenommen wurde.

Ziele und Aufgaben der polnischen Wirtschaftspolitik

Don Dipl.-Ing. E. Kwiatkowski, Stellvertretender Ministerpräsident u. Finanzminister, Warschau

Aus „10 Jahre Deutsche Handelskammer für Polen 1927—1937“

Nach der Periode einer langjährigen schwierigen Krise brachte das Jahr 1936 und in noch stärkerem Maße die ersten Monate des Jahres 1937 der polnischen Wirtschaft eine entschiedene Wendung zum Besseren.

Aus der Gegenüberstellung der Vergleichszahlen für zwei Perioden, d. h. Januar und Februar 1936 und 1937 geht hervor, daß der Wiederaufbau sich in einem sehr schnellen Tempo vollzogen hat.

In diesem Zeitabschnitt wiesen auf		
die Erzeugung von Steinkohle eine Zunahme um	21,5 %	
" " " Roheisen	66,0 %	
" " " Stahl	59,0 %	
" " " Zellstoff	20,0 %	
" " " Soda	26,0 %	
" " " elektr. Kraft	14,0 %	
Der allgemeine Index der industriellen Erzeugung stieg um	22 %	

Sowohl die Maßnahmen der Regierung als auch die Bestrebung der Volkswirtschaft waren vor allem auf die Entwicklung des inneren Marktes gerichtet. Es ist selbstverständlich, daß niemand die realen Möglichkeiten auf dem Gebiete des internationalen Handels vernachlässigt, aber für Polen wird der innere Markt noch für längere Zeit hinaus von ausschlaggebender Bedeutung bleiben. In der Vergleichsperiode ist der Absatz von Kohle für Industriezwecke auf dem Inlandsmarkt um 18 % gestiegen, der Absatz von Salz — in der Hauptsache in den landwirtschaftlichen Ostgebieten — um 14 %, der Absatz von Eisenerzeugnissen um 38 %, von Stahl um 43 %, Benzin um 17 % und der Absatz von Zinkblech im Zusammenhang mit dem starken Aufschwung des Bauwesens im Jahre 1936 um 165 % und der Absatz von verzinktem Eisenblech sogar um 210 %.

Eine entsprechende Zunahme wies der Eisenbahn- und Güterverkehr auf. Die durchschnittliche tägliche Güterverladung stieg in dieser Zeit um 21 %, wobei der Transport von Rohstoffen für die Industrie sich um 68 % und der Transport von Industrieerzeugnissen sich um 30 % erhöhte.

Die Besserung der Wirtschaftskonjunktur blieb nicht ohne Einfluß auf die Lage des Arbeitsmarktes. Im Januar 1936 betrug die Zahl der Arbeiterstunden in der Industrie und im Bergbau im Wochendurchschnitt 14,4 Millionen. Im Januar 1937 betrug diese Zahl bereits 16,5 Millionen Arbeiterstunden, d. h. sie ist um 15 % gestiegen, wobei die stärkste Zunahme erst seit dem Monat März zu verzeichnen war, als öffentliche und private Investitionsarbeiten in Angriff genommen wurden.

Im Zeitabschnitt der sinkenden Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse war eines der schwierigsten Probleme für uns die ständige Tendenz zur Ausweitung der Preisschere zwischen landwirtschaftlichen Artikeln und gebundenen Industrieartikeln.

Im Jahre 1936 wurde auch diese Schwierigkeit überwunden. Wir haben die Rentabilität der Getreideproduktion erreicht, und gegen die Tendenz zur neuen Ausweitung

der Preisschere von Seiten der Artikel, die vom Landwirt gekauft werden, führen wir einen systematischen Kampf.

Die Besserung der Konjunktur in Polen ist, obwohl wir die positiven Einflüsse der Weltkonjunktur nicht unterschätzen, ebenfalls das Ergebnis eigener, nicht geringer Anstrengungen. Es waren selbstverständlich Methoden, die unseren spezifischen Bedingungen am meisten angepaßt waren, und die es uns erlaubten, bedeutende Resultate mit den bescheidenen Mitteln, über die wir verfügten, zu erreichen. Gefährvolle Erschütterungen haben wir entgegen den allgemeinen verbreiteten Strömungen vermieden. Vor allem haben wir uns nicht von dem allgemeinen Abwertungsfieber hinreißen lassen, davon ausgehend, daß eine Währungs-entwertung unserer Wirtschaft ungeheure Schäden, dagegen nur geringe Vorteile gebracht hätte.

Da der Preissturz in Gold berechnet am stärksten die Landwirtschaft betraf, mußte sie wenigstens zum Teil von der Last befreit werden, die aus der Aufwertung des Goldes entstand. Wir haben einen ganzen Mechanismus einer sehr komplizierten landwirtschaftlichen Entschuldungsaktion geschaffen und gleichzeitig durch eine Deflationsaktion im Industriesektor einen Ausgleich der Preise, die der Landwirt erhält und die von ihm gezahlt werden, angestrebt.

Die unerschütterliche Grundlage unseres ganzen Systems war jedoch das Problem der Erlangung des Gleichgewichts in der öffentlichen Wirtschaft, sowohl im Staatshaushalt als auch in den Haushalten der Selbstverwaltungskörper. Der Haushalt für 1936 wurde nach mehreren Defizitjahren dank streng durchgeführter Sparmaßnahmen mit einem gewissen Ueberschuß ausgeglichen. Somit waren von Seiten des Staatsbudgets alle Gefahren, die der Währung drohten, gebannt.

Die jahrhundertlangen und zum Teil unverschuldeten Vernachlässigungen auf vielen Gebieten der materiellen Kultur sowie das Problem der natürlichen Bevölkerungszunahme, die jährlich zirka 400 000 beträgt, erforderten den Plan eines sehr gründlichen, strukturellen Umbaus sowohl auf dem Gebiete des Verkehrs, der Energetik und der Geopolitik.

Die Bevölkerung Polens beträgt 34 000 000 und muß bei der jetzigen Wirtschaftsstruktur des Landes als übermäßig bezeichnet werden. Die durchschnittliche Jahreszunahme beträgt 12 auf 1000, d. h. 410 000 jährlich. Die Verschließung fast aller Auswanderungsgebiete hat in zunehmender scharfer Form das Problem des eingeengten Ernährungsspielraums entstehen lassen.

Die stärkste Bevölkerungszunahme weisen die rein agrarischen Gebiete des Ostens auf, die geringste die mit neuzeitlichen Produktionsmitteln ausgestatteten Landesteile. Die Zerstückelung des Landes in den Agrargebieten enthält die drohende Gefahr der Proletarisierung von Millionen kleiner Bauern. Für sie müssen wir vor allem die Möglichkeit einer Abwanderung in andere Produktionsgebiete finden. Wir müssen nach Möglichkeit einen Ausgleich schaffen zwischen dem rein agrarischen Polen, dem sogenannten „B“

im Osten aus dem industriellen Polen „A“ westlich der Weichsel. Wir sind bestrebt, auf diese Weise den toten Punkt zu überwinden mit dem Ziele, Bedingungen zur systematischen Industrialisierung des Landes zu schaffen als einzige und tatsächliche Möglichkeit der Aufsaugung der Bevölkerungszunahme und der Auflösung der Arbeitslosigkeit.

Diese Umstände veranlassen die Regierung, einen mehrjährigen Investitionsplan auszuarbeiten, für den alle finanziellen Aktivposten mobilisiert werden sollen. Vorläufig haben wir einen kleinen „konstruktiven Vierjahresplan“ im Betrage von 1 800 000 000 Zloty ausgearbeitet, der eine Ergänzung der bereits ausgeführten Arbeiten bildet und zugleich ein Ueberbrückungsplan zur Verwirklichung des großen Investierungsplanes ist.

Hieraus ergibt sich das Postulat der Umgestaltung der polnischen Wirtschaftsstruktur, sowohl der agrarischen als auch der industriellen mit dem Ziel, die großen passiven Wirtschaftsbezirke im Osten von der Weichsel und des San

zu aktivieren, die großen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen dem Osten und dem Westen Polens auszugleichen, die Verschiebungen in lokalen Dispositionen mit mechanischer Energie zu ermöglichen, die grundlegenden Elemente in den Kosten der Eigenproduktion herabzusetzen und auf diese Weise die Rentabilität der Wirtschaftsprozesse sicher zu stellen.

Der Vierjahresplan umfaßt im einzelnen dringende Ergänzungen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens, den Ausbau des Straßenbahnwesens, das Programm der Investitionen auf dem Gebiete der Elektrifizierung und der Ferngasleitung aus den ergiebigen Erdgasquellen des Dorkarpathengebirges nach den Zentralindustriengebieten, deren Länge ungefähr 300 Kilometer beträgt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß unsere nächsten und weiteren Ziele folgende sind: den Frieden zu sichern und zu festigen, Polen wirtschaftlich und sozial so auszubauen, daß es in der Lage wäre, der Bevölkerung Arbeit zu sichern, und die erheblichen Kosten, die sich aus diesem Umbau ergeben werden, zu tragen.

Industrie- und Handelskammer

Sitzung des Beirates der Industrie- und Handelskammer und des Beirates der Einzelhandelsvertretung am 20. Mai in Stolp

Nach einem ehrenden Nachruf für das verstorbene Beiratsmitglied R u s c h -Kolberg gibt Präsident K a u f f m a n n davon Kenntnis, daß der Reichswirtschaftsminister ihn durch Erlass vom 16. Februar d. Js. zum Präsidenten der Industrie- und Handelskammer ernannt hat. Er gedenkt der umfangreichen und initiativen Tätigkeit seines Vorgängers, des Majors a. D. P i e p e r -Stolp, und gibt bekannt, daß die Kammer ihre Anerkennung in einer besonderen Adresse zum Ausdruck bringen wird. Sodann teilt Präsident K a u f f m a n n mit, daß auf seinen Vorschlag der Reichswirtschaftsminister den Kaufmann Johannes W o l f f -Köslin zum stellvertretenden Präsidenten der Kammer ernannt hat und daß er den Kaufmann Arno W i l f e r t -Kolberg in den Beirat der Kammer berufen hat. Die von der Kammer erstrebte Vereinfachung der Organisation der gewerblichen Wirtschaft hat bisher einen sichtbaren Ausdruck darin gefunden, daß die Geschäftsstelle der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel für Ostpommern in das Amtsgebäude der Kammer zu Stolp verlegt worden und somit eine enge, wenigstens räumliche Verbindung mit der Einzelhandelsvertretung der Kammer hergestellt ist.

K a u f f m a n n weist auf die Bedeutung der besonderen Aufgaben der Kammer zu Stolp als Vertreterin der gewerblichen Wirtschaft des weiten Grenzlandes Ostpommern hin und bemerkt, daß die Kammer sich bemüht, Ostpommern und seine Wirtschaft bei jedem Anlaß zur Geltung zu bringen und auf eine stärkere Berücksichtigung bei den zentralen Stellen von Staat und Partei hinzuwirken. Er legt dar, daß die Aufgaben der Kammer nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf kulturellem und sozialpolitischem Gebiet infolge der besonderen Verhältnisse Ostpommerns liegen. Er behandelt die Auswirkungen des Vierjahresplanes und weist im einzelnen darauf hin, daß angesichts der agrarischen Struktur Ostpommerns die weitere Förderung der landwirtschaftlichen Betriebe auch von günstiger Auswirkung auf die gewerbliche Wirtschaft in Ostpommern ist.

Hauptgeschäftsführer Dr. H e i n e m a n n erörtert die Bedeutung der Facharbeiterfrage und legt dar, daß die Frage der Ausbildung und der Abwanderung von geschulten Kräften in einem östlichen Grenzraum wie Ostpommern eine wesentlich stärkere Auswirkung hat als in Mittel- und

Westdeutschland, da abwandernde Kräfte in der Regel für die betreffenden Ostgebiete, besonders für diejenigen, die eine geringe gewerbliche Entwicklung haben, für immer verloren sind, während im Westen lediglich ein Wechsel stattfindet. Beiratsmitglied Dr. W u n d e r -Stolp gibt im Anschluß einen Bericht über seine Teilnahme an der Besprechung des Landesarbeitsamtes in Stettin über die Sicherstellung des Facharbeiternachwuchses für die Eisen- und Metallindustrie und das Baugewerbe und berichtet über seine Beobachtungen aus der Prags.

Stellv. Syndikus Dr. H o l z berichtet über die in den vergangenen Monaten durchgeführten Kaufmanns- und Facharbeiterprüfungen. Im Zusammenhang damit wird über die im Mai d. Js. stattgefundene Eisenacher Tagung der Sachbearbeiter der Industrie- und Handelskammern Bericht erstattet, die unter dem Eindruck der Rede stand, die der Reichswirtschaftsminister kürzlich im Sportpalast Berlin gehalten und in der er zum Ausdruck gebracht hat, daß für die Führung der Lehrlingsrollen und für die Kaufmannsgehilfen- und Facharbeiterprüfungen die Industrie- und Handelskammern zuständig sind. Das Berufsausbildungsgesetz ist auf Veranlassung des Führers nunmehr energisch in Angriff genommen und es ist damit zu rechnen, daß es in Kürze erscheint. Auf die Zusammenarbeit mit den Berufsschulen, den Ämtern für Berufserziehung und Arbeitsführung der Deutschen Arbeitsfront, der Hitlerjugend und der Arbeitsämter soll nach wie vor großer Wert gelegt werden.

Gerichtsassessor von B ü l o w macht über die in den zurückliegenden Monaten des Jahres 1937 geleisteten Arbeiten der Kammer auf dem Gebiete des Einzelhandelsprüfungs-gesetzes Mitteilung. Dabei werden einzelne Fälle von allgemeiner Bedeutung besprochen. In dem Bericht kommt ferner zum Ausdruck, daß die Kammer auf ein nahes Vertrauensverhältnis mit den Amtsträgern der Reichsbetriebsgemeinschaft Der deutsche Handel der Arbeitsfront und vor allem mit den Entscheidungsbehörden besonderen Wert legt. Auf dem Gebiete der Preisbildung und Preisüberwachung hat die Kammer in der zurückliegenden Zeit eine nicht unerhebliche Auskunftstätigkeit entwickelt. Sie hat dabei von jeher hervorgehoben, daß die geltenden Preisvorschriften streng auszuliegen sind und bei der überragenden wirtschaftspolitischen Bedeutung dieser Bestimmungen ihre Beachtung vornehmste staatsbürgerliche Pflicht ist.

Im Zusammenhang damit werden weitere Einzelhandelsfragen erörtert, so das Verbot der Rabatt-

gewährung im Einzelhandel, für das sich die Kammer stets eingesetzt hat, sowie die Frage des Ladenschlusses am Sonnabend, die zu einer lebhaften Aussprache Veranlassung gibt.

Verkehrsfragen bilden den weiteren Gegenstand der Aussprache, insbesondere die Entscheidungen über die ostpommersche Hafenfrage und über den Ausbau ostpommerscher Fischereihäfen. Besonders wird die Mitteilung der Reichsbahndirektion Stettin über die technische Verbesserung der Strecke Altdamm—Gollnow—Kolberg, die eine beschleunigte Durchführung der Eil- und D-Züge nach Kolberg ermöglichen soll, begrüßt. Die Notwendigkeit der Durchführung einer Schnellverbindung in süd-nördlicher Richtung, und zwar von Schneidemühl über Neustettin nach Stolpmünde wird betont. Aus den vorliegenden Mitteilungen kann man den Eindruck gewinnen, daß diese Angelegenheit einen erfolgversprechenden Fortgang nimmt.

Eine Anzahl von Einzelfällen hat Veranlassung gegeben, die Frage der Feststellung von Handelsbräuchen zu erläutern und insbesondere festzulegen, wie weit die Industrie- und Handelskammern bzw. deren Zusammenschlüsse oder die fachlichen Organisationen für das betreffende Verfahren zuständig sind. Es wird einheitlich der Auffassung Ausdruck gegeben, daß Handelsbräuche hinsichtlich ihrer Auswirkung über einzelne Gewerbebezweige, über bestimmte Produktionsstufen und über bestimmte Absatzformen hinausgehen und daher gesamtwirtschaftliche und nicht rein fachliche Angelegenheiten sind. Zwischen Handelsbräuchen als Übungen einer fortlaufenden ständigen, lebendigen Entwicklung und Handelsbedingungen als zwecksetzender Normen muß scharf unterschieden werden. Die Festsetzung von Handelsbedingungen ist hingegen fachlicher Natur. Es wird des weiteren im einzelnen erörtert, ob und inwieweit fachliche Organisationen zur Feststellung von Handelsbräuchen heranzuziehen sind.

Versammlung der Nebenstelle Köslin der Industrie- und Handelskammer

Nach einer Besichtigung des Betriebes der Norddeutschen Zündholz-Aktiengesellschaft in Zanow und der Papierfabrik Köslin Akt.-Ges. fand in Köslin am 11. Juni eine Versammlung der Nebenstelle Köslin der ostpommerschen Industrie- und Handelskammer statt. Stellvertretender Präsident Johannes Wolff begrüßte die vorgenommene Vereinfachung der Organisation der gewerblichen Wirtschaft in Ostpommern und die daraus sich ergebende gemeinschaftliche Arbeit der Kösliner und Stolper Kaufmannschaft. Der Hauptgeschäftsführer Dr. Heinemann sprach über die Bedeutung des ostpommerschen Raumes und seine besonderen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben. Er wies auf die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Struktur Ostpommerns, das sich politisch und wirtschaftlich gesehen, in dem Regierungsbezirk Köslin als eine einheitliche Landschaft heraushebt, gegenüber den übrigen Teilen der Provinz Pommern hin und bemerkte, daß der ostpommersche Raum durch seine halbinselmäßige Grenzlage, sehr geringe Bevölkerungsdichte, schwache gewerbliche Entwicklung, wenig gegliederte Küste, Mangel jeder Binnenwasserstraße, fruchtungsünstige Lage gekennzeichnet sei. Eine besondere Förderung der gewerblichen Wirtschaft durch verkehrspolitische Maßnahmen, besonders in der Lösung der ostpommerschen Hafenfrage, der Eisenbahnverbindungen nach Süden und Osten und der Erteilung von Ausnahmetarifen, sowie durch eine stärkere Industrialisierung sei notwendig. Es sei zu begrüßen, daß wenigstens auf dem Gebiete des Verkehrs Ansatzpunkte einer günstigen Entwicklung vorhanden seien. Die Darlegungen gaben Anlaß zu einer ausgiebigen Aussprache, bei der besonders betont wurde, daß die Frachtenlage durch Eisenbahn-

tarife so gestaltet werden müßte, daß die bestehenden gewerblichen Betriebe zunächst erhalten blieben, aber auch die Grundlage für eine weitere Entwicklung geschaffen würde.

Anschließend gab stellvertretender Geschäftsführer Dr. Holz einen Überblick über die Arbeiten, mit denen sich die Kammer in der letzten Zeit vordringlich beschäftigt hat. Insbesondere behandelte er den Wettbewerb, den die Versandgeschäfte und Genossenschaften dem Einzelhandel bereiten, sowie Rabattfragen und Ladenschlußzeiten. Im Zusammenhang mit den Arbeiten auf dem Gebiete der Berufsausbildung und Berufserziehung wurden die in den vergangenen Monaten durchgeführten Kaufmannsgehilfen- und Facharbeiterprüfungen berührt unter besonderer Berücksichtigung der Kösliner Verhältnisse. Nach einer Uebersicht über die bisher geleistete Tätigkeit auf dem Gebiete des Einzelhandelschutzgesetzes und nach Klarstellung von Zweifelsfragen, die sich aus der Durchführung des Gesetzes ergeben haben, wurden abschließend Fragen des Gläubigerschutzes in landwirtschaftlichen Entschuldungsverfahren erörtert.

Vorstand der Kammer

Auf Vorschlag des Präsidenten der Kammer hat der Reichs- und Preussische Wirtschaftsminister die Herren Kaufmann Johannes Wolff-Köslin, Leiter der Bezirksgruppe Ostpommern der Wirtschaftskammerunterabteilung Einzelhandel, und Kaufmann Albert Brabandt-Stolp zu Stellvertretenden Präsidenten der Kammer ernannt.

Zum Vorsitzenden des Verkehrsausschusses der Kammer ist anstelle von Major a. D. Pieper Brauereidirektor Niemer-Stolp, zu dessen Stellvertreter Kaufmann Ernst Schwarz-Köslin bestellt worden.

An alle Lehrbetriebe

Der Reichs- und Preussische Wirtschaftsminister hat sich erneut veranlaßt gesehen, darauf hinzuweisen, daß zur Kaufmannsgehilfenprüfung und zur Facharbeiterprüfung nur Lehrlinge zugelassen werden dürfen, die in der Lehrlingsrolle der zuständigen Industrie- und Handelskammer eingetragen sind. Der Minister hat fernerhin angeordnet, daß in die Lehrlingsrollen der Industrie- und Handelskammern nur solche Lehrlinge eingetragen werden dürfen, deren Lehrvertrag auf Grund des von der Reichswirtschaftskammer herausgegebenen Lehrvertragsmusters abgeschlossen ist. Die Industrie- und Handelskammern sind verpflichtet, die Eintragung von Lehrlingen, die ein anderes Lehrvertragsformular vorlegen, abzulehnen.

Kaufmannsgehilfenprüfungen

Die nächsten Kaufmannsgehilfenprüfungen der Kammer finden in der Zeit vom 10. August bis 30. September d. Js. statt. Der Prüfung haben sich alle kaufmännischen Lehrlinge zu unterziehen, die ihre Lehrzeit in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1937 beenden. Die Anmeldungen zur Prüfung sind bis zum 1. August d. Js. bei der Kammer einzureichen.

Anmeldeformulare können von der Kammer unentgeltlich bezogen werden.

Industriefacharbeiterprüfungen

Die nächsten Facharbeiterprüfungen finden in den Monaten August bis Oktober statt.

Anmeldungen zur Prüfung sind unverzüglich bei der Kammer einzureichen.

Der Anmeldung sind beizufügen:

1. ein vom Prüfling selbst verfaßter und eigenhändig geschriebener Lebenslauf;
2. alle Schulzeugnisse von besuchten Volks-, Fach-, Gewerbe- und Berufsschulen oder Lehrwerkstätten und etwaige Bescheinigungen über den Besuch zusätzlicher Berufsschulkurse;
3. der Lehrvertrag;
4. das Lehrzeugnis, sofern ein solches bereits ausgestellt ist, oder eine Bescheinigung des Lehrherrn über Dauer und Erfolg der Lehrzeit mit einer kurzen Beurteilung der fachlichen Leistung des Lehrlings und näherer Kennzeichnung der einzelnen fachlichen Arbeiten, in die der Lehrling eingeführt wurde;
5. Angaben über die Anfertigung eines Prüfungsstückes.

Die Prüfungsgebühr beträgt 10 RM und ist mit der Meldung bei der Kammer einzuzahlen (Postcheckkonto Stettin Nr. 4887).

In Betracht kommen diejenigen Industrie-Lehrlinge, die ihre Lehrzeit in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember d. Js. beenden.

Ehrenurkunden

Die Ehrenurkunde für langjährige treue Dienste in demselben Betriebe wurde verliehen:

an	bei der Firma	Dienstzeit Jahre
Werkmeister Wilhelm Warnecke	Heinrich Schroeder & Co. G.m.b.H., Kallies	25
Schneiderin Frieda Kamradt	A. Wunderlich G.m.b.H., Köslin	11
Abteilungsleiterin Jda Krüger	"	15
Kontoristin Hedwig Mau	"	13
Kassiererin Lieselotte Plath	"	10
Reinmachefrau Anna Rogge	"	13
Näherin Else Wiegandt	"	12
Tapezier u. Dekorateur Erwin Ziemke	"	10
Tischler Paul Dittmann	F. Kamrath, Inhaber Franz Kamrath & Söhne, Dramburg	27
Bürstenmacher Wilhelm Gumz	"	34
Fabrikarbeiterin Marie Iwan	"	23
Fabrikarbeiter Gustav Krebs	"	22
Bürstenmacher Hugo Kuban	"	26
Bürstenmacher Johann Lück	"	37
Tischler Carl Muhl	"	20
Bürstenmacher Karl Schmidtke	"	47
Weberin Emma Liefke	Gustav Denske, Falkenburg	15
Weberin Marie Radtke	"	30

an	bei der Firma	Dienstzeit Jahre
Maschinenschlosser Otto Grevin	Carl Seidler jun., Dramburg	32
Schlossermeister Artur Schmidt	"	10
Bürovorsteher Waldemar Gehrke	Schwedter Hagel- und Feuer- Versicherungs-Gesellschaft a.G., Subdirektion Stolp	22
Betonarbeiter Heinrich Radtke	Hans Zülsdorff, Schivelbein	22
Betonarbeiter Paul Stresemann	"	25
Bankleiter Kurt Ottow	Bank für Haus- und Grund- besitz e.G.m.b.H., Köslin	10
Schneidermeister Karl Herrmann	Friedrich Flister, Köslin	15
Sortiererin Auguste Bumke	Wilhelm Diestelkamp, Köslin	10
Lagermeister Paul Bumke	"	10
Sortiererin Anna Kopischke	"	10
Kontoristin Gertrud Mig	"	10
Sortiererin Maria Parnow	"	10
Vor-sortiererin Gertrud Wendt	"	10
Kraftfahrer Walter Wendt	"	10
Verkäuferin Charlotte Liedtke	Thier & Stockmann, Bütow	15
Bauführer Johannes Rook	Paul Tschierschke Nachf., Tief- baugeschäft, Neustettin	25
Arbeiter Emil Dabrunst	Märkisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Belgard	25
Handlungsgehilfe Willi Advian	Gustav Kranzusch, Althammer	15
Betonwerksteinher- steller Karl Meyer	Friedrich Zemke, Altvaal	30

Bereifung des Bezirks, Sitzungen

Am 11. Juni d. Js. fand in Köslin eine Versammlung der Nebenstelle Köslin der Kammer statt, über die S. 61 berichtet worden ist.

An Veranstaltungen der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft vom 6. bis 12. Mai in Frankfurt a. M. mit anschließenden Studienfahrten nahm der Geschäftsführende Syndikus Dr. Heinemann teil. Die Kammer war vertreten in einer Aussprache der Sachbearbeiter für Berufsausbildung der Industrie- und Handelskammern in Eisenach am 12. und 13. Mai durch den Stellv. Syndikus Dr. Holz, in einer Besprechung über die Sicherstellung des Facharbeiternachwuchses für die Eisen- und Metallindustrie und das Baugewerbe durch ihr Beiratsmitglied Fabrikbesitzer Dr. Wunder-Stolp, bei einem vom Märkischen Elektrizitätswerk veranstalteten Lichtfest in Groß-Tuchen, Kreis Bütow, durch den Kammerpräsidenten Kauffmann und den Geschäftsführenden Syndikus Dr. Heinemann, auf der Tagung der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel mit ihren pommerischen Gliederungen und der Wirtschaftskammer Pommern, Unterabteilung Einzelhandel, vom 6. bis 8. Juni in Kolberg durch Dr. Heinemann und Dr. Holz, in einer Sitzung des

Rechtsausschusses der Reichswirtschaftskammer betreffend Feststellung von Handelsbräuchen am 22. Juni in Berlin und in einer Sitzung des Grenzwirtschaftsausschusses bei der Reichswirtschaftskammer am 23. Juni in Karlsruhe durch Hauptgeschäftsführer Dr. Heinemann, in einer Versammlung zwecks Gründung eines Berufs- und Fachschulausschusses am 19. Juni in Stolp durch den Stellv. Syndikus Dr. Holz.

Sachverständige

Dem öffentlich bestellten und beeidigten Wirtschaftsprüfer Dr. Brehmer-Kolberg ist durch Erlaß des Reichs- und Preussischen Wirtschaftsministers vom 12. Mai d. Js. gemäß § 1, Abs. 1, Ziff. 2 der Verordnung über öffentlich bestellte Wirtschaftsprüfer im Genossenschaftswesen vom 7. 7. 1936 die Ermächtigung zur Prüfung von Genossenschaften erteilt worden.

Die Kammer hat am 25. Mai d. Js. den Bücherrevisor Kurt Trapp-Lauenburg, Neuendorferstr. 99, als Bücherrevisor öffentlich bestellt und vereidigt.

Der von der Kammer als Wäger, Probenehmer für Getreide, Sämereien, Gelsaaten, Hülsenfrüchte und Erzeugnisse der Getreidemühlen, Futtermittel und Düngemittel öffentlich bestellte und beeidigte Erich Steffen-Kolberg ist nach Janow, Schützenstr. 2, verzogen.

Beeidigung und öffentliche Anstellung von Sachverständigen

Nach einer Anordnung des Reichs- und Preussischen Wirtschaftsministers und des Reichs- und Preussischen Verkehrsministers vom 9. Juni 1937 sind die Industrie- und Handelskammern berechtigt, Gewerbetreibende auf den Gebieten der Industrie, des Handels, des Immobilienwesens, des Banken- und Börsenwesens, des Versicherungswesens, der Energiewirtschaft, des Verkehrswesens und für diese Gebiete tätige Gewerbetreibende als Sachverständige zu beeidigen und öffentlich anzustellen. Hiermit sind die Befugnisse der Industrie- und Handelskammern zur Beeidigung von Sachverständigen erheblich erweitert und den Bedürfnissen der zur Kammer gehörenden Betriebe angepaßt worden. Wir bringen nachstehend ein Verzeichnis der bisher von der Kammer öffentlich bestellten und beeidigten Sachverständigen und geben anheim, Anträge auf Beeidigung weiterer Sachverständiger, für die ein Bedürfnis vorliegt, an die Kammer zu richten.

Von der Industrie- und Handelskammer für Ostpommern zu Stolp öffentlich bestellte und beeidigte Sachverständige.

Bücherrevisoren:

Bütow: Walter Hünze, Bücherrevisor und Steuerberater, Borreest. 3;

Kolberg: Dr. Fritz Brehmer, Kaiserplatz 10;

Gustav Schumacher, Bücherrevisor, Domstr. 5a;

Lauenburg: Kurt Trapp, Bücherrevisor, Neuendorferstr. 99;

Neustettin: Willi Nitz, Bücherrevisor, Bahnhofstraße 27;

Stolp: Paul Eberhardt, Bücherrevisor, Holstentorstraße 20/21;

Willi Erdmann, Bücherrevisor, Friedrichstr. 38.

Eisen-, Kurz-, Glas- und Porzellanwaren:

Neustettin: Gustav Herxberg, Kaufmann, Preussische Str. 22.

Erzeugnisse der Getreidemüllerei:

Rügenwalde: Paul Diedrich, Rentner, Reeperbahn 4b.

Frische und Räucherfische und Fischwaren:

Stolp: Karl Groth, Kaufmann, Paradiesstr. 23.

Getreide und Sämereien:

Stolp: Robert Bollmann, Wollweberstr. 46.

Herrenstoffe, Futterstoffe und Schneiderbedarf:

Kolberg: Günther Firzlaß, Kaufmann, Markt 12.

Heu, Stroh und Wruken:

Schlawa: Emil Mucks, Rentner, Stolper Dorstadt 23.

Holzbegutachter:

Stolp: Albert Brabandt, Kaufmann, Grüner Weg 9.

Holzbraker (auch als Holzbegutachter zuständig):

Stolp: Oskar Hedke, Bleichstr. 3.

Holzmesser:

Stolp: Albert Brabandt, Kaufmann, Grüner Weg 9;

Stolpmünde: Karl Krause, Kaufmann.

Kartoffeln (s. auch landw. Erzeugnisse):

Schlawa: Emil Mucks, Rentner, Stolper Dorstadt 23.

Stolp: Robert Bollmann, Wollweberstr. 46.

Kartoffeln, Heu und Stroh:

Dramburg: Carl Blieske, Rentner;

Falkenburg: Max Heese, Rentner, Lindenstr. 15.

Kaufmännische Angelegenheiten im allgemeinen:

Falkenburg: August Holznagel, Kaufmann.

Kraftfahrzeuge:

Köslin: Erich Ströcker, Ingenieur, Mühlenortstraße 22;

Neustettin: Paul Ostermann, Marine-Oberingenieur a. D., Augustastr. 5.

Landwirtschaftliche Erzeugnisse:

Bärwalde: Hugo Holz, Administrator a. D., Polziner Str.;

Balsdrey Post Schivelbein: Arthur Grams, Amtsvorsteher;

Bütow: Gustav Jastrow, Rentner, Koppeltstr. 1;

Hammermühle: Otto Ruth;

Kolberg: Albert Wendt, Rentner, Hans-Schemm-Str. 4 (Sonderbefugnis zur Feststellung des Naturalgewichts von Getreide);

Lauenburg: Ludwig Holz, Landwirt, Horst-Wessel-Platz 9;

Carl Schirmeister, Neuendorfer Str. 87;

Mandelag, Kr. Belgard: Hermann Haeger, Landwirt;

Neustettin: Rudolf Brandt, Rentner, Viktoriastraße 6;

Ernst Kraß, Rentner (ausschließlich Kartoffeln);

Ragelbuhr: Fritz Ritter, Landwirt, Bahnhofstr. 7;

Rügenwalde: Paul Diedrich, Rentner, Reeperbahn 4b;

Schlawa: Bertrand Jeratsch, Rentner, Pollnower Straße 13 (ausschließlich Kartoffeln);

Stolp: Carl Schildhauer, Rentner, Hitlerstr. 54;

Paul Dierke, Administrator a. D., Hardenbergstr. 3;

Stresow, Kr. Stolp: Hans Bandow;

Tempelburg: Ernst Hundeiker, Landwirt.

Maschinen:

Neustettin: Paul Ostermann, Marine-Oberingenieur a. D., Augustastr. 5;

Stolp: Hermann Thun, Obergeringenieur, Quebbenstraße 20.

Maschinen und Apparat für Sägewerke, Maschinen und Apparate für die landwirtschaftliche Spiritusindustrie:

Stolp: Dr. Karl Wunder, Fabrikbesitzer, i. Fa. F. W. Pluentsch, Friedrichstr.

Obst, Gemüse, Südfrüchte:

Kolberg: Robert Blöbörn, Gärtner, Persantenstraße 11;

Stolp: Egon Hanß, Gärtnereibes., Schlauerstr. 16.

Parkett:

Belgard: Paul Trzebiatowski, Fabrikbesitzer.

Probenehmer für Düngemittel:

Lauenburg: Carl Schirmeister, Neuendorfer Str. 87;

Mandelag, Kr. Belgard: Hermann Haeger, Landwirt;

Rügenwalde: Paul Diedrich, Rentner, Reeperbahn 4b;

Otto Dobernowski, Vertreter, Münderlandstr. 17;

Stolp: Carl Schildhauer, Hitlerstr. 54;

Paul Vierke, Administrator a. D., Hardenbergstr. 3;

Stolpmünde: Ewald Albrecht, Kaufmann;

Zanow: Erich Steffen, Landwirt, Schützenstr. 2 (Sonderbefugnis zur Feststellung des Naturalgewichts von Getreide).

Probenehmer für Futtermittel:

Lauenburg: Carl Schirmeister, Neuendorfer Str. 87;

Mandelag, Kr. Belgard: Hermann Haeger, Landwirt;

Rügenwalde: Paul Diedrich, Rentner, Reeperbahn 4b;

Otto Dobernowski, Vertreter, Münderlandstr. 17;

Schlawa: Bertrand Jeratsch, Rentner, Pollnower Str. 13;

Emil Mucks, Rentner, Stolper Vorstadt 23;

Stolp: Carl Schildhauer, Hitlerstr. 54;

Paul Vierke, Administrator a. D., Hardenbergstr. 3;

Stolpmünde: Ewald Albrecht, Kaufmann;

Zanow: Erich Steffen, Landwirt, Schützenstr. 2 (Sonderbefugnis zur Feststellung des Naturalgewichts von Getreide).

Probenehmer für Getreide, Sämereien, Oelisaaten, Hülsenfrüchte und Erzeugnisse der Getreidemöhlen:

Zanow: Erich Steffen, Landwirt, Schützenstr. 2 (Sonderbefugnis zur Feststellung des Naturalgewichts von Getreide).

Probenehmer für Getreide, Sämereien, Oelisaaten, Hülsenfrüchte, Kartoffelmehl und Erzeugnisse der Getreidemöhlen aussch. Kleie:

Lauenburg: Carl Schirmeister, Neuendorfer Str. 87;

Rügenwalde: Paul Diedrich, Rentner, Reeperbahn 4b;

Schlawa: Bertrand Jeratsch, Rentner, Pollnower Str. 13;

Emil Mucks, Rentner, Stolper Vorstadt 23.

Probenehmer für Getreide, Sämereien, Oelisaaten, Hülsenfrüchte, Kartoffelmehl und Erzeugnisse der Getreidemöhlen:

Mandelag, Kr. Belgard: Hermann Haeger, Landwirt;

Rügenwalde: Otto Dobernowski, Vertreter, Münderlandstr. 17;

Stolp: Carl Schildhauer, Hitlerstr. 54;

Paul Vierke, Administrator a. D., Hardenbergstr. 3.

Probenehmer für Getreide, Oelisaaten, Hülsenfrüchte, Kartoffelmehl und Erzeugnisse der Getreidemöhlen aussch. Kleie:

Stolpmünde: Franz Hoppe, Kapitän a. D., Mittelstr. 24 (Sonderbefugnisse zur Feststellung des Naturalgewichts von Getreide und das Getreide als „gut, gesund und trocken“ zu bescheinigen);

Friedrich Kunde, Kapitän a. D. (Sonderbefugnisse, das Getreide als „gut, gesund und trocken“ zu bescheinigen, das Qualitätsgewicht von Getreide festzustellen, mit dem Schnellwasserbestimmer den Feuchtigkeitsgrad von Getreide zu bestimmen u. zu bescheinigen).

Probenehmer für Kleie:

Schlawa: Emil Mucks, Rentner, Stolper Vorstadt 23.

Schiffsbesichtiger:

Stolpmünde: Franz Hoppe, Kapitän a. D., Mittelstr. 24;

Friedrich Kunde, Kapitän a. D.

Schmugzwolle:

Falkenburg: Ludwig Graffunder, Fabrikbesitzer, i. Fa. Coll & Graffunder.

Textilwaren:

Belgard: Erich Dreher, Kaufmann, Markt 14;

Lauenburg: Otto Scheffler, Kaufmann;

Köslin: Albert Senkpiel, Kaufmann, Hohetorstraße 35;

Neustettin: Paul Schenk, Kaufmann, Richterstr. 1;

Schlawa: Hermann Mag Boldt, Kaufmann, Kösliner Str. 28;

Stolp: Ernst Brandecker, Kaufmann, Kirchpl. 12.

Wäger:

X Kolberg: Albert Wendt, Rentner, Hans-Schemm-Str. 4;

Rügenwalde: Paul Diedrich, Rentner, Reeperbahn 4b (Hilfswäger);

Franz Ewald, Arbeiter, Langestr. 22;

Schlawa: Emil Mucks, Rentner, Stolper Vorstadt 23;

Stolpmünde: Ewald Albrecht, Kaufmann (Hilfswäger);

Franz Hoppe, Kapitän a. D., Mittelstr. 24;

Friedrich Kunde, Kapitän a. D.;

Zanow: Erich Steffen, Schützenstr. 2.

Wirtschaftsprüfer:

Kolberg: Dr. Fritz Brehmer, Steuer Syndikus, Kaiserplatz 10 (auch zur Prüfung von Genossenschaften ermächtigt).

Zähler:

Zanow: Gerhard Wilke, Bahnhofswirt.

Öeffentliche Aufträge

Besondere Auftragsbedürftigkeit der Grenzkreise Lauenburg, Rummelsburg und Bütow

Durch Erlaß des Reichs- und Preussischen Wirtschaftsministers vom 15. Mai d. Js. sind die bei der Auftragsvergebung seitens aller Beschaffungsstellen der öffentlichen

Hand bevorzugt zu berücksichtigenden Gebiete wie folgt neu abgegrenzt worden:

- im Westen die ehemals entmilitarisierte Zone,
- im Bereich der Bayerischen Ostmark: die Arbeitsamtsbezirke Coburg, Hof, Bayreuth, Marktrewitz, Weiden, Schwandorf, Cham, Straubing, Deggendorf und Passau,

- c) das Land Sachsen und die Provinz Schlesien,
- d) die Grenzmark Posen-Westpreußen, sowie die Kreise Friedeberg, Arnswalde und Züllichau-Schwiebus der Provinz Brandenburg,
- e) die pommerschen Grenzkreise Lauenburg, Rummelsburg und Bütow,
- f) die Provinz Ostpreußen (aus den in dem Erlaß vom 9. April 1936 genannten Gründen),
- g) die Grenzkreise Flensburg und Süd-Tondern der Provinz Schleswig-Holstein.

In dem Erlaß ist u. a. ausgeführt:

Wenn diejenigen Bezirke, die damit neu in den Kreis der für besonders auftragsbedürftig erklärten Gebiete einbezogen worden sind, auch überwiegend landwirtschaftlichen Charakter haben, so werden in Ausführung des Grundgesetzes der bevorzugten Berücksichtigung dieser Gebiete doch häufig Möglichkeiten bestehen, dort ansässigen Unternehmen, sowie insbesondere auch dem dortigen Handwerk, zusätzlich Aufträge zu übertragen.

In einem weiteren Erlaß vom 9. April 1936 hatte ich zur Frage der Bevorzugung der auftragsbedürftigen Gebiete und des Ausmaßes der Bevorzugung folgendes ausgeführt:

„Die Bevorzugung wird nicht nur dadurch zu verwirklichen sein, daß bei gleichwertigen Angeboten aus den für notleidend erklärten Gebieten einerseits und aus den übrigen Reichsteilen andererseits den Betrieben in den für notleidend erklärten Gebieten verhältnismäßig mehr Aufträge zu erteilen sind, sondern die Bevorzugung schließt auch die Möglichkeit in sich, unter bestimmten Voraussetzungen einer Firma des notleidenden Gebiets einen etwas höheren Preis zu bewilligen. Zwar war diese Möglichkeit schon nach den bisherigen Vorschriften bis zu einem gewissen Grade gegeben, weil maßgebend für die Zuschlagerteilung nicht das billigste, sondern das unter Berücksichtigung aller Umstände wirtschaftlichste Angebot sein sollte. Die Erfahrung der letzten Jahre hat aber gelehrt, daß die Beschaffungsstellen dennoch sehr häufig Bedenken getragen haben, derartige Mehrpreise zu bewilligen. A § 24 Absatz 3, Satz 3 der Verdingungsordnung gibt den Beschaffungsstellen nunmehr die Handhabe hierfür. Nach der U d r i c k l i c h t muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß von der Möglichkeit der Bewilligung eines höheren Preises nicht Gebrauch gemacht werden darf, weil die anbietende Firma sich in einem gemäß Ziffer II dieses Erlasses für notleidend erklärten Gebiete befindet. Ein derartiges Verfahren würde preispolitisch im höchsten Maße bedenklich sein und wegen der Erschwerung der Rechnungsprüfung auch staatspolitische Gefahren in sich schließen. Die Bewilligung eines Mehrpreises für Firmen der notleidenden Gebiete hat daher zur unverzichtbaren Voraussetzung, daß den zu bevorzugenden Bietern gegenüber anderen Bietern zusätzliche Selbstkosten entstehen, die ausschließlich ihrer I s t a n d o r t m ä ß i g e n L a g e zuzuschreiben sind, von ihnen nicht beeinflusst werden können und von der vergebenden Stelle nachprüfbar sind.

Hierher gehören:

- a) höhere Frachtkosten infolge Frachtferne des Gebiets,
- b) höhere Lohnkosten, soweit sie die Folge bezirklich verschiedenartiger Tarifordnungen sind,
- c) sonstige, nachweisbar durch den Standort des Betriebs bedingte zusätzliche Kosten; als Beispiel können die Umstellungskosten dienen, die einem Teil der Saarländischen Wirtschaft durch die Rückgliederung erwachsen sind bzw. noch erwachsen.

Nur wenn der Mehrpreis sich aus Gründen dieser Art ergibt, ist eine Bewilligung vertretbar; andererseits muß unter Voraussetzungen der erwähnten Art die Bewilligung des Mehrpreises erfolgen, da nach den gemachten Erfahrungen die notwendige erhöhte Berücksichtigung der notleidenden Gebiete, insbesondere der Grenzwirtschaft, sehr häufig allein schon an der Frachtferne dieser Bezirke und den dadurch begründeten Mehrpreisen gescheitert ist.

Was das Ausmaß anlangt, in welchem unter den vorstehenden Voraussetzungen Mehrpreise bewilligt werden können, so lassen sich hier mit Rücksicht auf die außerordentliche Verschiedenartigkeit der denkbaren Fälle feste Anhaltspunkte, etwa in Form von Prozentsätzen, nicht geben. Daß die Bewilligung eines Mehrpreises sich in fiskalisch vertretbaren Grenzen halten muß, ist selbstverständlich. Die Beschaffungsstellen müssen hier unter Abwägung aller Umstände in eigener Verantwortlichkeit entscheiden und gegebenenfalls die Entscheidung ihrer vorgesetzten Dienstbehörde einholen. Auf die Vorschrift in A § 24, Ziffer 6, nach der die Zuschlagerteilung in jedem Falle a k t e n m ä ß i g z u b e g r ü n d e n i s t, weise ich besonders hin. Beschaffungsstellen, die mit der Reichsausgleichsstelle für öffentliche Aufträge oder einer Bezirksausgleichsstelle laufend zusammenarbeiten, haben überdies die Möglichkeit, sich mit dieser in Zweifelsfällen ins Benehmen zu setzen und deren Stellungnahme ebenfalls in der aktenmäßigen Begründung für die Zuschlagerteilung aufzunehmen.

Soweit es sich um die Deckung eines teilbaren oder regelmäßig wiederkehrenden Bedarfs handelt, empfehle ich zur weiteren Entlastung der Beschaffungsstellen folgendes Verfahren: es wird ein Teil des Bedarfs lediglich unter Firmen der von mir als auftragsbedürftig gekennzeichneten Gebiete ausgeschrieben, wobei natürlich Voraussetzung ist, daß in diesen Gebieten fachkundige, l e i s t u n g s f ä h i g e und zuverlässige Bewerber (z. vergl. A § 2 der DÖZ) ihren Sitz haben. Bei Vergebung des Restbedarfs werden dann Bewerber aus allen Teilen des Reichs beteiligt. Auf diese Weise kann eine besondere Berücksichtigung der auftragsbedürftigen Gebiete in jedem Falle erreicht werden.

Die Bestimmung in A § 24, Ziffer 3, Satz 3 gilt zunächst nur für Ausschreibungen. Jedoch ist bei freihändigen Vergabungen, denen nach A § 3, Ziffer 4 ebenfalls möglichst in allen Fällen eine Preisermittlung vorausgehen soll, sinngemäß zu verfahren.

Diese Grundsätze bleiben unverändert in Geltung. Ich weise weiter darauf hin, daß nach dem im Einvernehmen mit mir ergangenen Erlaß des Herrn Reichsministers der Finanzen vom 23. November 1936 — 06 100 Bh I—105/36 I B Bau — diese Grundsätze auch für solche Vergabungen Geltung haben, die zwar nach der Verdingungsordnung für Bauleistungen erfolgen, aber ganz oder überwiegend den Charakter von Lieferungen haben.

Abtretung von Forderungen gegen öffentliche Vergabungsstellen

Der Reichsminister der Finanzen hat durch Rundschreiben vom 5. Mai d. Js. darauf hingewiesen, daß die Abtretung von Forderungen der Auftragnehmer gegen öffentliche Vergabungsstellen von letzteren nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden soll. Er ist dabei von der Erwägung ausgegangen, daß insbesondere mittlere und kleinere Betriebe auf das Mittel der Forderungsabtretung zum Zwecke der Kreditsicherung und damit zur Finanzierung von Leistungen nicht verzichten können.

Wie mitgeteilt worden ist, werden in der Praxis diese Anregungen nicht genügend beachtet. Der Reichsminister der Finanzen hat daher die Vergabungsstellen erneut angehalten, die Abtretung von Forderungen an Kreditinstitute nur im Einzelfalle und nur bei Vorliegen zwingender Gründe auszuschließen.

Bestellscheine des Heeres und des Reichsarbeitsdienstes

Die meisten Heeresformationen und die Reichsarbeitsdienstabteilungen geben ihre Aufträge durch Bestellscheine, deren Mitbefolgung bei der Faktura gefordert wird. Da

die Auftragnehmer Wert darauf legen, für etwaige spätere Reklamationen den Bestellschein zu behalten, andererseits die Abschrift der Bestellscheine eine gewisse Mühe verursacht, hatte die Reichswirtschaftskammer gebeten, zu veranlassen, daß die auftraggebenden Behörden die Bestellscheine mit einer Durchschrift einsenden, so daß das Doppel bei dem Lieferer verbleiben kann. Daraufhin hat sich der Reichsarbeits-

führer bereit erklärt, Bestellscheine mit einer weiteren Durchschrift für den Lieferanten zu verwenden, sobald die vorhandenen Bestellscheine in einfacher Ausfertigung aufgebraucht sind. Der Reichskriegsminister ist der Anregung durch eine Anweisung an die Verwaltungsortsbehörden nachgekommen, die Bestellscheine über Lieferungen usw. an die Lieferanten nach Abnahme der Lieferung usw. zurückzugeben.

Mitteilungen

der Steuer- und Buchführungsstelle der Industrie- und Handelskammer Stolp, Bismarckplatz 19

Umsatzsteuer im Speditionsgewerbe

(Aus einem Erlaß des R.F.M. vom 28. April 1937 — S 4201 — 72 III —).

Von den Möbelspediteuren werden zwei Arten von Vertragsvordrucken verwendet, und zwar für den Stadt- und Dorortverkehr einerseits und für den Fernverkehr andererseits.

I. Stadt- und Dorortverkehr.

Der Spediteur ist in diesem Falle tatsächlich Frachtführer (§ 425 HGB.). Er ist umsatzsteuerpflichtig mit dem Uebernahmepreis und den Entgelten für vereinbarte Nebenleistungen, wie Stellung eines Packers, Miete für Kisten und Kästen, Zuschläge für Flügel- und Geldschranktransporte u. dgl. Auf die Umsatzsteuerpflicht ist ohne Einfluß, ob der Transport mit Pferde- oder Kraftwagen ausgeführt wird.

Die ortsüblichen Trinkgelder (Metergelder), die im Vertrag vorgesehen sind, sind ein Teil des Entgelts, das der Möbelspediteur zu versteuern hat. Dies gilt auch dann, wenn der Auftraggeber sie unmittelbar an die Umzugsleute aushändigt. Werden darüber hinaus von dem Auftraggeber freiwillig Trinkgelder u. dgl. gegeben, so sind diese von dem Möbelspediteur nicht zu versteuern.

Werden bei dem Umzug von den Möbelspediteuren fremde Unternehmer hinzugezogen, so ist eine Abzugsfähigkeit für Auslagen nicht gegeben (z. B. für Miete fremder Möbelwagen, Gespanne u. dgl.). Dies gilt auch für Versicherungsauslagen.

II. Fernumzüge.

Auf dem Schlußschein, der die Bahnfrachten ausdrücklich erwähnt, wird es ausdrücklich durch Stempel oder Handschrift vermerkt, wenn der Umzug mit Kraftwagen ausgeführt werden soll.

a) Fernumzüge mit Kraftwagen (Möbelfernverkehr).

Auch hier liegt ein Frachtgeschäft vor (§ 425 HGB.). Das Gesamtentgelt ist zu versteuern, soweit nicht Steuerfreiheit § 4 Ziffer 9 UStG. gemäß besteht, weil die Beförderung von der Beförderungssteuer erfasst wird. Von dem Entgelt ist in diesem Fall der in dem Uebernahmepreis enthaltene tarifmäßige Frachtanteil abzusehen, für den die Beförderungssteuer zu entrichten ist, die sogenannte „Dollfracht“. Die Entgelte für die übrigen Nebenleistungen sind gleichfalls voll umsatzsteuerpflichtig wie beim Stadt- und Dorortverkehr.

Der sogenannte „Zuschlag nach Tabelle“ gehört nicht zu dem von der Beförderungssteuer erfaßten und daher von der Umsatzsteuer befreiten Frachtanteil. Der Zuschlag ist das Entgelt für die eigene Tätigkeit des Möbel-

spediteurs, insbesondere für die Ueberlassung des Möbelwagens, für die Zurverfügungstellung des Personals u. dgl. Im übrigen gelten die gleichen Bestimmungen für die Umsatzsteuer wie im Stadt- und Dorortverkehr.

Die Rechtslage ist die gleiche, wenn der Möbelspediteur den Transport nicht selbst ausführt, sondern einen anderen zugelassenen Möbelferntransport-Unternehmer mit der Ausführung beauftragt. In diesem Fall sind beide Unternehmer grundsätzlich umsatzsteuerpflichtig. Steuerfrei bleibt aber für beide der von der Beförderungssteuer erfaßte Frachtanteil § 27a Abs. 3 UStDB. gemäß.

b) Fernumzüge mit der Eisenbahn.

In diesem Fall liegt ein „gemischtes Geschäft“ vor. Nach Lage der tatsächlichen Verhältnisse steht fest, daß der Unternehmer für die Selbstausführung eines Teiles der Beförderung (nämlich für die Eisenbahnbeförderung) nicht in Betracht kommt. Inwieweit liegt daher ein Speditionsgeschäft, im übrigen, d. h. soweit der Unternehmer die Beförderung selbst ausführt, z. B. die Anfuhr zur Bahn, ein Frachtgeschäft vor.

§ 43 Abs. 2 UStDB. gemäß sind die Auslagen für die Beförderung und Versicherung an andere Unternehmer abzugsfähig, und zwar auch bei Vereinbarung fester Uebernahmepreise. Daher sind abzugsfähig, und zwar nur in der tatsächlich gezahlten Höhe

1. die verauslagten Eisenbahnfrachten,
2. die verauslagten Versicherungsprämien.

Zu den abzugsfähigen Eisenbahnfrachten gehören nicht die Kosten für Be- und Entladen, für den Rücktransport des leeren Möbelwagens oder für die Miete eines fremden Möbelwagens.

c) Beispiel: Möbelferntransport mit einem 8 m-Wagen von Düren nach Soest (173 km).

1. Dollfracht	
Möbelwagen 4 000 kg lt. Ausnahmetarif 23 B 11 =	16,80 RM
Ladung 6 000 kg nach F 10	51,— RM
	zusammen 67,80 RM
2. Anfuhr in Düren nach Klasse 9	62,40 RM
3. Abfuhr in Soest nach Klasse 7	49,70 RM
4. Zuschlag nach Tabelle	75,— RM
	254,90 RM

Beförderungssteuerpflichtig ist nur die Dollfracht zu 1 mit

Abzugsfähig ist daher auch nur die Dollfracht von 67,80 RM

Die Entgelte für die Nebenleistungen (Ziffer I) unterliegen in voller Höhe der Umsatzsteuer.

III. Zölle und Ausgleichsteuer.

Abzugsfähigkeit ist sowohl beim Frachtgeschäft wie beim Speditionsgeschäft gegeben (§ 5 Abs. 4 Ziffer 3 UStG.).

IV. Einstellung von Möbeln.

Es liegt ein steuerpflichtiger Verwahrungsvertrag vor. Die Entgelte hierfür sind daher voll umsatzsteuerpflichtig.

Urlaubszuschüsse an Arbeitnehmer

In den Sommermonaten werden viele Arbeitgeber ihren Gefolgschaftsmitgliedern zu den Urlaubsreisen Zuschüsse gewähren wollen. Die Zuschüsse bilden beim Betrieb grundsätzlich abzugsfähige Werbungskosten, und, da sie den Gefolgschaftsmitgliedern auf Grund ihres Arbeitsverhältnisses gewährt werden, ist davon der Lohnsteuerabzug einzubehalten. Lohnsteuerfreiheit derartiger Reise- und Urlaubszuschüsse ist nur in zwei Ausnahmefällen gegeben:

Lohnsteuerfrei sind die Reisezuschüsse, die der Arbeitgeber nicht an das einzelne Gefolgschaftsmitglied, sondern an den Vertrauensrat des Betriebes oder an einen anderen Vertreter der Gefolgschaftsmitglieder in einem Pauschalbetrag zahlt ohne Berücksichtigung der Arbeitnehmerzahl.

Lohnsteuerfrei bleiben außerdem Zuschüsse an die einzelnen Gefolgschaftsmitglieder, wenn sie den Betrag von 0,30 RM für den Arbeitnehmer und die Arbeitswoche oder bei Zahlung in einem Betrage 16,— RM jährlich nicht übersteigen. Übersteigt der Zuschuß aber diese Beträge, so ist der ganze Zuschuß lohnsteuerpflichtig.

Kurzlebige Wirtschaftsgüter

In Nr. 20 der Deutschen Steuerzeitung vom 15. 5. 1937 gibt Staatssekretär Reinhardt in einem Aufsatz: „Bewertungsfreiheit für kurzlebige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens“ Erläuterungen, die z. T. wesentliche neue Bestimmungen bezw. Änderungen der bisherigen enthalten.

Liste der kurzlebigen Wirtschaftsgüter.

Die Tatsache, daß ein Gegenstand in der Liste der kurzlebigen Wirtschaftsgüter aufgeführt ist, genügt allein noch nicht ausnahmslos, um für den Gegenstand die Bewertungsfreiheit beanspruchen zu können. Erforderlich ist vielmehr, daß der Gegenstand im Betriebe tatsächlich eine geringere als 10jährige Lebensdauer besitzt. Ist er daher in der Liste kurzlebiger Wirtschaftsgüter aufgeführt, beträgt jedoch die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer mindestens 10 Jahre, so kann für diesen Gegenstand die Bewertungsfreiheit nicht beansprucht werden. Die Bewertungsfreiheit darf auch nicht zu einem Mißbrauch führen, was dann anzunehmen ist, wenn am Jahreschluß kurzlebige Wirtschaftsgüter ohne Rücksicht auf den Bedarf des Betriebes angeschafft werden. Die Inanspruchnahme der Bewertungsfreiheit setzt deshalb voraus, daß die kurzlebigen Wirtschaftsgüter spätestens ein Jahr nach der Anschaffung im Betriebe in Gebrauch genommen werden. In gleicher Weise wird es als Mißbrauch angesehen, wenn von der Bewertungsfreiheit schon Gebrauch gemacht wird, bevor der Gegenstand geliefert ist. Der Zeitpunkt der Zahlung spielt für die Bewertungsfreiheit keine Rolle. Maßgebend ist allein der Zeitpunkt der Lieferung.

Konto kurzfristiger Wirtschaftsgüter und Verzeichnis.

Bekanntlich ist eine weitere Voraussetzung der Inanspruchnahme der Bewertungsfreiheit die ordnungsmäßige Führung eines Kontos kurzlebiger Wirtschaftsgüter in Buchführung und Bilanz. Hierzu gehört, daß außer dem Konto in der Buchhaltung noch ein Verzeichnis der kurzlebigen Wirtschaftsgüter geführt wird. Dieses Verzeichnis muß folgende Spalten enthalten:

1. Laufende Nummer,
2. Tag des Eingangs,
3. Bezeichnung des Wirtschaftsguts,
4. Name des Lieferanten,
5. Beleg,
6. Anschaffungskosten in Reichsmark.

Hieran rechts anschließend sind noch weitere Spalten für die Eintragung der jährlichen Abschreibung vorzusehen. Es ist zwar bisher nirgends ausdrücklich vorgeschrieben, daß ein solches Verzeichnis geführt werden muß. Es ist aber erforderlich, wenn das Konto kurzlebiger Wirtschaftsgüter und die Buchführung überhaupt in formeller Hinsicht als ordnungsmäßig vom Finanzamt anerkannt werden soll.

Geschäftsauto und Privatfahrten

Wenn ein Kraftwagen teils zu Betriebszwecken, teils für Privatzwecke verwandt wird, so ist festzustellen, welcher Verwendungszweck überwiegt. Bei überwiegend gewerblichen Zwecken steht der Aktivierung des vollen Anschaffungspreises auf dem Konto kurzlebiger Wirtschaftsgüter nichts im Wege. Daneben sind die für Privatfahrten laufend entstehenden Kosten naturgemäß zu Lasten des Privatverbrauchs zu verbuchen. Da aber auch ein Teil der Anschaffungskosten zum Privatverbrauch gehört, würde bei voller Aktivierung auf dem Konto kurzlebiger Wirtschaftsgüter der Bilanzgewinn ohne entsprechende Berichtigung zu niedrig erscheinen. Zum Ausgleich muß daher der Privatverbrauch oder Bilanzgewinn noch um den Teil des Anschaffungspreises nachträglich erhöht werden, welcher auf die private Benutzung entfällt. Wird z. B. ein Kraftwagen zu $\frac{1}{4}$ gewerblich und zu $\frac{3}{4}$ privat benutzt, so kann der gesamte Anschaffungspreis auf das Konto kurzlebiger Wirtschaftsgüter übernommen werden. Zum Ausgleich ist aber der Bilanzgewinn oder das Privatkonto um $\frac{3}{4}$ des Anschaffungspreises zu erhöhen. Da sich die Privatbenutzung auf die gesamte Lebensdauer des kurzlebigen Wirtschaftsguts von 5 Jahren erstreckt, wäre noch festzustellen, ob die Erhöhung sofort im Jahre der Anschaffung voll erfolgen soll oder entsprechend der fünfjährigen Privatbenutzung anteilig bei den einzelnen Jahren. Staatssekretär Reinhardt macht die Entscheidung hierüber davon abhängig, ob im Anschaffungsjahr schon der voraussichtliche Anteil der Privatbenutzung für alle 5 Jahre feststeht. Ist das der Fall, dann erfolgt die Erhöhung des Privatkontos bezw. Bilanzgewinns schon im ersten Jahre in voller Höhe, anderenfalls wird der Privatanteil von Jahr zu Jahr gesondert ermittelt und dementsprechend die Erhöhung in den einzelnen Jahren in Teilbeträgen hinzugerechnet.

Wann liegt eine ordnungsmäßige Inventur vor?

Besondere Vorschriften darüber, wie eine Inventur aufzustellen ist, sind weder in der Reichsabgabenordnung noch im Reichseinkommensteuergesetz enthalten. Der Reichsfinanzhof hat sich in dem Urteil vom 2. 12. 1936 — VI A 745/36 — (RStBl. 1936 S. 1217) zur Frage der Ordnungsmäßigkeit der Inventur wie folgt geäußert:

Es ist nirgends vorgeschrieben, daß die Inventur gerade Angaben über Qualität, Einkaufspreis, Herstellungsort oder Fakturenbezeichnung der einzelnen Waren enthalten müßte, die bei einem kleineren Betrieb nicht üblich und andererseits bei einem größeren Betrieb bei einer Vielzahl von Gegenständen oft gar nicht durchführbar und für den Kaufmann zwecklos wären. Namentlich kann nicht verlangt werden, der Kaufmann solle seine Inventur so aufstellen, daß sie nach mehreren Jahren noch im einzelnen auf ihre Kalkulationsgrundlagen nachgeprüft werden kann. Auch aus den Kalkulationen muß nicht notwendig auf den tatsächlich erreichten Nutzen geschlossen werden. Die Kalkulation kann Fehler enthalten, die sich erst bei der Aufstellung der Jah-

resendbilanz herausstellen. Es können z. B. in den einzelnen Kalkulationen geringere Kosten berücksichtigt sein, als sie tatsächlich nach der Gewinn- und Verlustrechnung verausgabt sind; die Gewinn- und Verlustrechnung kann außergewöhnliche Ausgaben enthalten, die in den Kalkulationen nicht zu berücksichtigen sind. Die tatsächlichen Verkaufspreise bilden sich am freien Markt und werden ohne Rücksicht auf die Kalkulation durch Angebot und Nachfrage geregelt. Offenichtlich hat auch das Finanzgericht nicht berücksichtigt, daß die Inventur bei einem derartigen Geschäft regelmäßig Anfang Januar erfolgt, zu einer Zeit, wo das Warenlager keinen Durchschnittsbestand hat, sondern nach Abschluß des Weihnachtsgeschäfts regelmäßig am kleinsten ist und überdies zu einem außergewöhnlich großen Teil aus Ladenhütern besteht. Es kann daher aus den Umsatzzahlen und der Umsatzgeschwindigkeit kein Schluß auf den Wert des Warenbestands am 1. Januar gezogen werden. Namentlich kann aber aus einer oberflächlichen Besichtigung des Warenlagers im Mai, also während der Zeit guten Geschäftsgangs und der vollen Läger, kein Schluß auf den wahren Wert des Warenlagers am Jahresanfang gezogen werden.

Rechtspflege

Äußerungen über Rechtsstreitigkeiten

Immer wieder gehen der Kammer Anfragen zu, oft mit seitenlangen Erläuterungen: ob man sich mit Erfolg auf einen Prozeß in der Angelegenheit einlassen könne, — ob man eine Klage anstrengen solle, — wie die Kammer den Fall beurteile, — wie die Angelegenheit handelsüblich anzusehen sei usw. Daß auf diese und ähnliche Fragen die Kammer stets eine Beantwortung mit Bedauern ablehnen muß, erregt oft Unzufriedenheit und doch liegt die Ablehnung durchaus im Interesse der Firmen selbst.

Zunächst steht im Wege, daß laut ausdrücklicher Erklärung des zuständigen Ministers die Kammern Rechtsauskünfte in Einzelfällen den Rechtsanwälten überlassen und nicht in deren Tätigkeit eingreifen sollen. Den Industrie- und Handelskammern ist vom Gehege die Aufgabe gestellt, die gemeinsamen Angelegenheiten von Handel und Industrie wahrzunehmen und hierzu gehört nicht die Prozeßberatung, die vielmehr Beruf der Rechtsanwälte ist. Im Gegenteil würden die Kammern mit der Beantwortung der geschilderten Anfragen nur Schaden anrichten. Eine stichhaltige Antwort ließe sich doch nur erteilen, wenn man die Sachlage genau kennt, also auch die Ausführungen der Gegenpartei vor Augen hat; sonst bleiben die Angaben einseitig und lückenhaft. Wohnt nun aber auch die Gegenpartei im Bezirk der Kammer, so hätte sie den gleichen Anspruch auf Beratung und würde sich mit Recht beklagen, wenn ihr das Gutachten verweigert werden müßte, weil es bereits der anderen Partei erstattet worden ist. Schließlich tritt noch das Gericht an die Kammer heran und wünscht deren Gutachten und dann wäre sie nun nicht mehr in der Lage, ihre wichtigste Aufgabe zu erfüllen, im gemeinsamen Interesse von Handel und Industrie festzustellen, was bei Würdigung aller Einzelheiten handelsüblich ist. Der Richter, dem bereits von einer der Parteien ein ihr erstattetes Gutachten der Kammer vorgelegt worden war, würde sich vielleicht nicht veranlaßt sehen, sich noch an die Kammer zu wenden. Es entstände die Gefahr, daß der Gang des Pro-

Verlängerung des Umwandlungs-Steuergesetzes

Wie das Reichsfinanzministerium in einer Pressenotiz vom 14. Juni 1937 mitteilt, wird in den nächsten Tagen eine Verordnung erscheinen, durch die die Geltungsdauer des Umwandlungs-Steuergesetzes letztmalig, und zwar in der Weise verlängert wird, daß Umwandlungen und Auflösungen von Kapitalgesellschaften steuerbegünstigt auch in der Zeit zwischen dem 30. Juni und dem 31. Dezember 1937 vorgenommen werden können. Der Kreis der umwandlungsfähigen Gesellschaften wird dadurch erweitert werden, daß auch Gesellschaften, die in der Zeit zwischen dem 1. Juli 1934 und dem 1. Januar 1937 gegründet worden sind, die steuerlichen Begünstigungen bei der Umwandlung erhalten werden. Gleichzeitig wird der Reichsjustizminister eine weitere Durchführungsvorordnung zum Umwandlungsgesetz erlassen, durch die bestimmt werden wird, daß die handelsrechtliche Umwandlung auch für Kapitalgesellschaften zulässig ist, die zwischen dem 1. Juli 1934 und dem 1. Januar 1937 entstanden sind. Die Frist für die handelsrechtliche Umwandlung wird bis zum 31. März 1941 erstreckt werden.



zeßes einseitig beeinflusst würde, oder daß die Kammer, die über den Parteien stehen und unbefangen das Für und Wider erwägen soll, in den Streit als Hilfstuppe hineingezogen würde.

Und noch eins! Was handelsüblich ist, bedarf immer wieder der Ermittlung, das wirtschaftliche Leben ist im ständigen Fluß und mit ihm wandeln sich auch die Handelsgebräuche. Was heute handelsüblich ist, ist es vielleicht nach einem halben Jahre nicht mehr. In jedem Fall müssen zunächst die Firmen des Geschäftszweigs, in welchem der Fall spielt, befragt werden, ob ihnen der in Rede stehende Handelsgebrauch bekannt ist und ob danach in ihrem Geschäftszweig verfahren wird. Es ist nicht immer leicht, auf solche Umfragen die erforderlichen Antworten zu erhalten. Häufen sich die Umfragen der Kammer in ein und demselben Geschäftszweig, so ist nicht selten eine Ermüdung und Stockung in den Antworten wahrzunehmen. Auch aus diesem Grunde kann die Kammer die notwendige Feststellung der Handelsgebräuche nur vornehmen, wenn ein Gericht um das Gutachten ersucht. Für diese wichtigsten Fälle müssen die Kräfte der Kammer und der Firmen aufgespart werden. Wollte darüber hinaus die Kammer auf jede Anfrage einer einzelnen Firma hin die dadurch bedingten Erkundigungen in den einzelnen Geschäftszweigen einziehen, so würden diese ununterbrochen in Anspruch genommen und das Ergebnis könnte nur sein, daß die Kammer überhaupt keine Auskünfte mehr erhält. Die Kammer würde also gerade dann versagen, wenn sie durch Gutachten für Gerichte den allgemeinen Interessen von Handel und Industrie am meisten nutzen soll. Wer die Sachlage im Sinne unserer Ausführungen betrachtet, wird zugeben müssen, daß die Kammer die Prozeßberatung wie bisher und in Übereinstimmung mit der Haltung der anderen Kammern ablehnen muß.

Indessen läßt es die Kammer bei der glatten Ablehnung nicht bewenden, sondern sie weist bei dieser Gelegenheit auf ihr Schiedsgericht hin, eine Einrichtung, mit der sie die wirksamste Prozeßhilfe leistet, die es geben kann.

Geld und Kredit

Gewährung langfristiger gewerblicher Kredite

Wiederholte Anfragen wegen der Möglichkeit zur Beschaffung langfristiger Kredite geben der Kammer Veranlassung, wiederholt darauf hinzuweisen, daß die Bank für deutsche Industrie-Obligationen (Industriebank) langfristige Kredite an gewerbliche Betriebe kleineren und mittleren Umfanges gewährt. Dieser Kredit soll zur Herstellung eines gesunden Verhältnisses zwischen kurzfristigen und langfristigen Verbindlichkeiten, zur Betriebsmittelverstärkung auf längere Zeit und insbesondere zur Finanzierung von Investitionen aller Art dienen.

Die Höhe des Darlehns richtet sich nach dem Bedarf, dem Geschäftsumfang und den angebotenen Sicherheiten;

es soll im allgemeinen im Einzelfalle 300 000 RM nicht übersteigen. Für das Darlehn ist bei einer Auszahlung von 98 v. H. ein Zins von 5 v. H. zuzüglich eines Verwaltungskostenbeitrages von 0,5 v. H., vierteljährlich nachträglich zahlbar, zu entrichten.

Die Kreditgewährung erfolgt nur gegen ausreichende Sicherheiten. Den Regelfall bildet die Bestellung einer erststelligen Hypothek auf industriellen Grundstücken. Bei anderen als reinen Industriebetrieben kommt in besonderen Fällen auch die Sicherung durch eine nachstellende Hypothek in Betracht unter der Voraussetzung, daß die Sicherheit des Darlehns auch dann noch gegeben erscheint.

Anträge können bei der Vertretung der Bank für deutsche Industrie-Obligationen in Stettin, Kaiser-Wilhelm-Straße 12, gestellt werden.

Verkehr

Genehmigungsverfahren im Güterfernverkehr

Der Herr Reichs- und Preussische Verkehrsminister hat unter dem 30. April 1937 nachstehenden Erlaß veröffentlicht. (Reichsverkehrsblatt B Nr. 11 vom 5. Mai d. Js.)

I. Stand der Genehmigungsverfahren.

Nach den Bestimmungen des Güterfernverkehrsgesetzes bedürfen alle Unternehmer von Güterfernverkehr, die eine Genehmigung auf Grund des früheren Rechts erhalten haben und Mitglieder des Reichs-Kraftwagen-Betriebsverbandes sind, einer neuen Genehmigung. Folgende Unternehmergruppen sind zu unterscheiden:

1. Altunternehmer, welche die in § 42 Abs. 1 DurchfD. GFG. bezeichneten besonderen Voraussetzungen erfüllen (Fahrkilometer, Kraftfahrzeuge mit wenigstens 2 Tonnen Ladegewicht);
2. Altunternehmer, welche die in § 42 Abs. 1 DurchfD. GFG. genannten Voraussetzungen nicht erfüllen;
3. Unternehmer, die in der Zeit vom 1. Juli 1935 bis zum 31. März 1936 auf Grund des bisherigen Rechts eine Genehmigung erhalten haben;
4. Altunternehmer von Möbelfernverkehr (§ 11 Abs. 2 der Verordnung über den Möbelfernverkehr).

- a) Für die Unternehmergruppe zu 1 gilt die allgemeine Anordnung vom 8. August 1936 — K 2. 10 822 — RDkBl. B S. 277 — in Verbindung mit den Runderlassen vom 15. April 1936 — K 2. 4810 — RDkBl. B S. 198 — und vom 9. Juni 1936 — K 2. 6759 — RDkBl. B S. 232 —. Die Genehmigungsverfahren sind zur Zeit im Gange.
- b) Für die Altunternehmer von Möbelfernverkehr (Gruppe 4) gilt Ziffer 6 des Runderlasses vom 7. Oktober 1936 — K 2. 14 105 — RDkBl. B S. 313 —.
- c) Für die Unternehmer der Gruppen 2 und 3 soll nunmehr das Genehmigungsverfahren durchgeführt werden.

II. Unternehmer, die eine Reichsgenehmigung beantragen.

Bei Unternehmern der unter I Ziffer 2 und 3 genannten Gruppen, die eine Reichsgenehmigung beantragen, ist das Genehmigungsverfahren nach den Vorschriften des Güterfernverkehrsgesetzes und der Durchführungsvorschriften durchzuführen. Die erleichternden Vorschriften, die für die

unter I Ziffer 1 genannten Altunternehmer getroffen worden sind, finden auf diese Verfahren keine Anwendung. Die Reichsgenehmigung ist insbesondere zu versagen, wenn kein volkswirtschaftliches Bedürfnis vorliegt (§ 7 Abs. 2 GFG). Die Durchführung dieser Verfahren obliegt den Genehmigungsbehörden, welche die in den §§ 16 und 18 DurchfD. vorgeschriebenen Stellen zu hören haben. Für die Anträge sind vom Reichs-Kraftwagen-Betriebsverband herausgegebene Formblätter zu verwenden. Ein wahlweiser Antrag auf Erteilung der Genehmigung für den Reichs- oder Bezirksverkehr ist unzulässig.

III. Unternehmer, die eine beschränkte Genehmigung beantragen.

Für Unternehmer der unter I Ziffer 1 bis 3 aufgeführten Gruppen, die eine beschränkte Genehmigung beantragen, gilt § 29 DurchfD. GFG. Er bestimmt in Ergänzung des Grundgesetzes des § 5 GFG., daß die Genehmigung nur für bestimmte Verkehrsbeziehungen oder Güterarten erteilt werden kann, und daß sie in diesem Fall auf Beförderungen innerhalb eines Umkreises von höchstens 150 Kilometern, gerechnet vom Standort des Kraftfahrzeugs, beschränkt werden muß. Diese Vorschrift trägt der Entwicklung des Güterfernverkehrs in der 150-Kilometer-Zone nicht in dem erforderlichen Umfang Rechnung. Ich bestimme daher auf Grund des § 35 GFG.:

- a) Die Genehmigung kann im Falle des § 29 DurchfD. GFG. nicht nur für bestimmte Verkehrsbeziehungen oder Güterarten, sondern auch für jeden Güterfernverkehr innerhalb der 150-Kilometer-Zone erteilt werden. — Dem pflichtgemäßen Ermessen der Genehmigungsbehörde ist es überlassen, im Einzelfall zu prüfen, ob eine beschränkte Genehmigung nur für bestimmte Verkehrsbeziehungen oder für bestimmte Güterarten oder für jeden Güterfernverkehr innerhalb der 150-Kilometer-Zone erteilt werden soll.
- b) Alle Unternehmer, die eine beschränkte Genehmigung erhalten, dürfen neben dem Güterfernverkehr jedes vor dem 1. April 1936 betriebene Gewerbe auch über den 31. März 1938 hinaus fortsetzen.

IV. Genehmigungsverfahren derjenigen Unternehmer, die eine beschränkte Genehmigung beantragen.

Für die Durchführung der Genehmigungsverfahren der unter III behandelten Unternehmer gelten folgende Bestimmungen:

a) Im Genehmigungsverfahren ist davon abzu sehen, in jedem Einzelfall zu prüfen, ob für das Unternehmen ein volkswirtschaftliches Bedürfnis vorliegt. Die Prüfung erstreckt sich auf die Zuverlässigkeit des Unternehmers und die Sicherheit und Leistungsfähigkeit des Betriebes. Bei dieser Prüfung ist nur der Reichs-Kraftwagen-Betriebsverband und die Deutsche Arbeitsfront zu hören.

b) Für die Anträge sind die vom Reichs-Kraftwagen-Betriebsverband herausgegebenen Formblätter zu verwenden. Die Genehmigungsbehörden leiten nach Eingang der Anträge die etwa erforderlichen Ermittlungen durch die nachgeordneten Behörden in die Wege. Einer Aufforderung an den Reichs-Kraftwagen-Betriebsverband und an die Deutsche Arbeitsfront zur Stellungnahme bedarf es nicht. Der Reichs-Kraftwagen-Betriebsverband wird den Genehmigungsbehörden unaufgefordert mitteilen,

1. ob nach seiner Auffassung die Sicherheit und Leistungsfähigkeit des Betriebes als gewährleistet anzusehen ist,

2. ob nach seiner Auffassung und nach Auffassung der Deutschen Arbeitsfront der Antragsteller zuverlässig ist,

3. welche Beschränkungen der Genehmigung vorgeschlagen werden.

Die Stellungnahme des Verbandes und der Deutschen Arbeitsfront sind gutachtliche Äußerungen, durch die der Entscheidungsbefugnis der Genehmigungsbehörde nicht vorgegriffen wird.

V. Gesetzesänderungen.

Die §§ 29, 42 und 43 Abs. 2 DurchfV.G.F.G. werden mit der durch die neue Anordnung geschaffenen Rechtslage zu gegebener Zeit in Einklang gebracht werden.

VI. Genehmigungsurkunden.

Als Anlagen sind Muster für die Genehmigungsurkunden (Reichs- und Bezirksverkehr) abgedruckt (nicht mit veröffentlicht). Die den Unternehmern auszuhändigenden Urkunden haben im Reichsverkehr rote, im Bezirksverkehr blaue Farbe. Der Reichs-Kraftwagen-Betriebsverband wird den Genehmigungsbehörden entsprechende Vordrucke in der erforderlichen Anzahl übersenden, soweit das nicht schon geschehen ist. Eine Durchschrift der Genehmigungsurkunde ist dem Verbands zuzuleiten. Ihm ist auch jede Änderung oder Berichtigung der Genehmigungsurkunde unverzüglich mitzuteilen.

VII. Erlöschen der alten Genehmigungen.

Die auf Grund des bisherigen Rechts erteilten Genehmigungen erlöschen, wenn

a) eine Genehmigung auf Grund des neuen Rechts erteilt wird, oder

b) der Antrag auf Erneuerung der Genehmigung (für den Reichs- oder Bezirksverkehr) endgültig abgelehnt ist.

Wird trotz wiederholter Aufforderung durch die Genehmigungsbehörde oder den Reichs-Kraftwagen-Betriebsverband kein Antrag auf Erneuerung der Genehmigung eingereicht, so ist die auf Grund des bisherigen Rechts erteilte Genehmigung zurückzunehmen.

VIII. Aufhebung veralteter Bestimmungen.

Durch diese Anordnung sind gegenstandslos geworden:

a) Ziffer 2 des Runderlasses vom 15. April 1936 — K 2. 4809 — RDABl. B S. 198 —,

b) Ziffer 2 und 5 sowie die Anlage des Runderlasses vom 8. August 1936 — K 2. 10 822 — RDABl. B S. 277 —.

Bestimmung

der 150 km-Zone im Güterfernverkehr

Der Reichs- und Preussische Verkehrsminister hat unterm 24. Mai d. Js. auf Grund des § 35 G.F.G. in Ergänzung des § 29 DurchfV. G.F.G. und der Ziffer III des Runderlasses vom 30. April d. Js. — RDABl. B S. 44 — folgende Anordnung erlassen:

a) Für die Berechnung des 150-Kilometer-Umkreises im Sinne des § 29 DurchfV. G.F.G. ist die Luftlinie maßgebend, gerechnet vom Mittelpunkt des Standorts des Kraftfahrzeugs (Ortsmittelpunkt).

b) In die 150-Kilometer-Zone fallen nur diejenigen Gemeinden, deren Ortsmittelpunkt innerhalb des Kreises liegt.

Uebermäßige Beanspruchung

der Kraftfahrzeug-Gummibereifung

bei der Heranschaffung von Baustoffen zu Baustellen

Bei den Anträgen auf Zuteilung von Ersatzgummi-reifen für Nutzkraftwagen ist aufgefallen, daß der Bedarf bei den Fahrzeugen, die regelmäßig Baustellen befahren, besonders groß ist. Wie eine Nachprüfung ergeben hat, ist dieser Umstand auf das Befahren nicht ausgebauter Zufahrten zu den Baustellen und auf den völlig unwegsamen Zustand der Baustellen selbst zurückzuführen.

Der Reichs- und Preussische Verkehrsminister hat hierzu unter dem 6. April d. Js. folgenden Erlaß veröffentlicht:

Da bei der gegenwärtigen Rohstofflage mit der Kraftfahrzeugbereifung besonders schonend umgegangen werden muß, kann dieser Zustand, der einen unverantwortlichen Raubbau an dem schwer zu beschaffenden Kautschuk darstellt, nicht länger geduldet werden. Kraftwagenbesitzer, die Baustoffe für Neubauten heransfahren, können nicht damit rechnen, daß ihnen für vorzeitig zugrunde gehende Nutzkraftwagenreifen Ersatz gegeben wird. Es liegt daher im eigenen Interesse der Bauunternehmer und der Bauausführenden, für ordnungsmäßige Zufahrten zu den Baustellen zu sorgen und die Baustellen so zu befestigen, daß eine Ueberbeanspruchung der Nutzkraftwagenreifen vermieden wird. Daher ist es zwingende Pflicht, bei Neubauten zuerst für einwandfreie Zufahrtswege zu sorgen. Es darf nicht vorkommen, daß mit Steinen oder anderem Material beladene Lastkraftwagen in grundlosem Gelände oder über mit spitzen Vorlagesteinen verlegene Wege fahren müssen. Wo ordnungsmäßige Zufahrten nicht geschaffen sind, muß — ungeachtet der entstehenden Mehrkosten und des Zeitverlustes — das Material auf Feldbahnen umgeladen werden.

Verbot der Möbelbeförderung

durch Unternehmer von Güterfernverkehr

Durch § 6 der Verordnung über den Möbelfernverkehr vom 17. September 1936 ist dem Unternehmer von Möbelfernverkehr die Beförderung anderer Güter als Möbel verboten. Um die dadurch erstrebte Trennung des Möbelfernverkehrs von dem allgemeinen Güterfernverkehr auch für die Unternehmer von Güterfernverkehr zu gewährleisten, hat der Reichs- und Preussische Verkehrsminister auf Grund des § 35 G.F.G. unterm 24. Mai d. Js. folgendes bestimmt:

1. Unternehmern von Güterfernverkehr ist es verboten, außerhalb der Nahzone Möbel im Sinne des § 1 der Verordnung über den Möbelfernverkehr zu befördern.

2. Die Beförderung von Restumzugsgut auf einem als Zugkraft von Möbelwagenanhängern verwendeten Kraftfahrzeug des Güterfernverkehrs wird von dem Verbot des Absatzes 1 nicht betroffen.

Bierjahresplan erfordert schnellen Güterwagenumlauf bei der Reichsbahn

Entlastung des Herbstverkehrs.

Die zweite Reichsbahn-Güterverkehrsbesprechung fand am 19./20. Mai ds. Js. in Freiburg i. Br. statt unter Vorsitz des Direktors der Verkehrs- und Tarifabteilung im Reichsverkehrsministerium, Ministerialdirektor Treibe. Vertreten waren außer den beteiligten Referenten der Eisenbahnabteilung des Reichsverkehrsministeriums die Reichsbahndirektionen, die Oberbetriebsleitungen, das Hauptwagenamt Berlin und das Reichsbahn-Werbeamt Berlin. Im Vordergrund der Beratungen standen die voraussichtlichen Auswirkungen des Vierjahresplans auf den Eisenbahngüterverkehr, seine Entwicklung in den Herbstmonaten und die zu seiner glatten Abwicklung zu treffenden Maßnahmen.

Es ist damit zu rechnen, daß der schon jetzt erfreulicherweise außerordentlich starke Eisenbahngüterverkehr in den Herbstmonaten sich noch erheblich steigern wird.

Der Wagenumlauf wird mit allen verkehrlichen und betrieblichen Mitteln beschleunigt werden. Durch planmäßige Arbeit wird dafür gesorgt werden, daß die für die Ausführung des Vierjahresplans in Betracht kommenden Werke in erster Linie berücksichtigt werden, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Alle Verkehrstreibenden können an der reibungslosen Abwicklung des Herbstverkehrs mithelfen, indem sie schon jetzt vorsorglich sich mit den von ihnen benötigten Stoffen eindecken und im Herbst für schnellste Be- und Entladung der Güterwagen sorgen.

Außenhandel

Schwedische Wirtschaftliche Rundschau

Der Kammer liegen einige Exemplare der Schwedischen Wirtschaftlichen Rundschau vom März 1937 vor, die vom Königl. Schwedischen Kommerzkollegium zusammengestellt und vom Königl. Schwedischen Auswärtigen Amt herausgegeben wird. Interessenten erhalten diese auf Wunsch zugesandt.

Devisenbeschaffung für Auslandsreisen

Es besteht oft noch Unklarheit darüber, welche deutschen und ausländischen Devisenbestimmungen bei Auslandsreisen vor der Ausreise und bei der Rückkehr nach Deutschland zu beachten sind. Aufklärung hierüber gibt die Sonderausgabe „Deutsche Devisenbestimmungen bei Auslandsreisen“ des von der Industrie- und Handelskammer Stuttgart herausgegebenen Fachwerkes „Deutsche Paßvorschriften und Einreisebestimmungen des Auslandes“. — Die 125 Blatt umfassende Lose-Blatt-Ausgabe wird durch Nachträge laufend ergänzt und veraltet daher nicht. Das zur Vorbereitung und Durchführung von Auslandsreisen nützliche und empfehlenswerte Buch ist zum Preise von 3,25 RM (bei Bezug ohne die laufenden Ergänzungen 4,25 RM) vom Verlag „Deutsche Paßvorschriften“ J. Fink, Stuttgart-N., Seefr. 3, zu beziehen.

Die Gesamtausgabe des Fachwerkes kostet 6,80 RM und ist gleichfalls von dem genannten Verlage zu beziehen.

Reisen zur Weltausstellung in Paris

Für den Reiseverkehr nach Frankreich zum Besuch der Internationalen Ausstellung in Paris 1937 während der Monate Juni bis Oktober werden den Industrie- und Handelskammern für die einzelnen Monate aus den zur Verfügung stehenden Reisezahlungsmitteln Unterkontingente bereit gestellt, von denen auf Grund von Befürwortungen durch die Kammern Angehörige der gewerblichen Wirtschaft Reisezahlungsmittel bis zum Höchstbetrage von 250 RM je Person erhalten können. Bewilligungen über diesen Betrag hinaus sollen im allgemeinen nicht erfolgen.

Interessenten, die die Absicht haben, die Weltausstellung in einem der genannten Monate zu besuchen, werden gebeten, sich bereits jetzt unter Angabe des in Aussicht genommenen Reisemonats bei der Kammer zu melden, damit die geringen zur Verfügung stehenden Mittel den Anforderungen entsprechend eingeteilt werden können.



Die Wirtschaft Polens

Die ersten Monate dieses Jahres haben eine kräftige Fortsetzung der Konjunkturbelebung in der Wirtschaft Polens gebracht, die bereits im Jahre 1936 im Zusammenhang mit dem vierjährigen Aufbauplan der Regierung auf neue Grundlage gestellt worden ist. Der polnische Außenhandel ergab im ersten Vierteljahr 1937 in der Einfuhr 278,85 Millionen Zloty (i. D. 232,14) und in der Ausfuhr 298,47 Millionen Zloty (i. D. 240,09). Schon im Laufe des Jahres 1936 war der Index der Industrieproduktion (1928 = 100) auf 72 gestiegen. In den ersten beiden Monaten des Jahres 1937 hat die Produktion weiterhin zugenommen; sie zeigt im Februar dieses Jahres gegenüber dem Februar des vorigen Jahres eine Steigerung um 22%. An der Belebung der Produktion haben fast alle Zweige der polnischen Industrie teilgenommen, wobei im Zusammenhang mit der Aufrüstung im Inlande und dem Aufschwung für alle wehrwirtschaftlich interessierenden Erzeugnisse auf dem Weltmarkt die Erzeugung im Bergbau und der Hüttenindustrie sowie der Metallindustrie am meisten fortgeschritten ist. Aber auch andere Industrien, wie die Papierindustrie und die Stickstoffindustrie zeigen starke Erhöhungen der Produktionsziffern. In der Textilindustrie hat die Produktion auch zugenommen, z. T. als Folge von Eindeckungen angesichts des Anziehens der Preise. Wenn insoweit die Lage günstig erscheint, so liegen auf der anderen Seite erhebliche Schwierigkeiten vor infolge der Entwicklung, die das Preis- und Selbstkostenproblem in der letzten Zeit angenommen hat. Nachdem die deflationistische Wirtschaftspolitik Mitte vorigen Jahres eingestellt worden und man zur Aufstellung eines Vierjahresplanes für die innere industrielle Entwicklung übergegangen war, der Gesamtinvestitionen während dieser Periode in Höhe von 800 Millionen Zloty vorsah, kamen die Erschütterungen im internationalen Preisgefüge durch die Abwertung der Währung in Frankreich und anderen Ländern. Polen hat die Abwertungsbewegung nicht mitgemacht und sich für das Festhalten der Währungs- und Preisverhältnisse auf dem damaligen Stand entschlossen. Gleichzeitig wurde die Devisenkontrolle und die Verschärfung der staatlichen Wirtschaftskontrolle eingeführt. Diese Umstände und die gleichzeitig um die Jahreswende einsetzende Welle der Preissteigerung auf allen Rohstoffmärkten, insbesondere bei allen Waren, die irgendwie mit der Aufrüstung zusammenhängen, ferner die Verknappung der Nahrungsmittelvorräte in der ganzen Welt haben auch in Polen eine starke Welle des Preisanstiegs ausgelöst, die gleichzeitig durch eine Lohnbewegung der in ihrem Realeinkommen durch die zunehmenden Preise geschmälernten Arbeiterschaft noch verschärft wurde.

Die Aussichten für die Getreideernte in Polen

Ausfuhrmöglichkeit in Frage gestellt. —

Rückwirkungen auf die Gesamtwirtschaft des Landes.

In wenigen Wochen werden die ersten Getreidelieferungen aus der diesjährigen Ernte auf den Markt kommen. Nach den letzten Berichten über den Saatenstand ist eher mit einer schlechten als mit einer mittleren Ernte zu rechnen, wenn die Lage vorerst auch noch nicht zuverlässig beurteilt werden kann, da es aus verschiedenen Landesteilen an wirklich zuverlässigen Angaben fehlt. Für Westpolen, d. h. vor allem für die Wojewodschaften Posen und Pommerellen, sowie auch für den nordwestlichen Teil der zentralen Wojewodschaften ist eine ausgesprochene schlechte Getreideernte zu erwarten. Bis vor kurzer Zeit konnte man noch hoffen, daß der Ausfall der Kartoffelernte einen gewissen Ausgleich geben würde. Doch die scharfe Hitze der letzten Wochen hat auch den Stand der Kartoffeln sehr stark geschädigt. Recht ungünstig klingen auch die Berichte aus den nördlichen Landesteilen. Dagegen scheint die Lage im Süden und Osten günstiger zu sein. Man hofft in erster Linie noch auf günstige Ernteaussichten in Klempolen, vor allem in Wolhynien sowie auch in Polesien. Bis zu welchem Teil damit die Schäden in den Westgebieten ausgeglichen werden können, ist schwer zu beurteilen. Brauchbare Schätzungen über die Gesamternte in Polen sind nicht verfügbar. Als sicher ist anzunehmen, daß die vorjährigen Erntemengen für Getreide nicht wieder erreicht werden, und es ist nur die Frage, welchen Umfang der Minderertrag haben wird.

Unter diesen Umständen ergeben sich für die polnische Getreidewirtschaft überaus schwierige Fragen, da unbedingt die Ernährung sichergestellt werden muß und die geänderte Marktlage gleichzeitig auch eine organisatorische Maßnahme erfordert.

Angeichts der Unsicherheit über den Ernteausschlag und die innere Marktgestaltung erhebt sich die Frage, ob Polen im neuen Erntejahr überhaupt noch größere Mengen an Getreide exportieren können. Nach dem verhältnismäßig günstigen Ergebnis der Getreide- und Mehlausfuhr

im Erntejahr 1935/36 hatte zu Beginn des Erntejahres 1936/37 die Ausfuhr sehr rasch eingesetzt, bis sich dann um die Jahreswende eine Getreideverknappung im Inlande zeigte, die am 19. 1. 37 eine Sperre der Roggenausfuhr notwendig machte. Es folgte dann zur Drosselung der Ausfuhr die Aufhebung der Zollrückerstattungen für Getreide und schließlich eine allgemeine Ausfuhrsperre für Brotgetreide. Auf Grund dieser Maßnahmen verminderte sich die polnische Getreideausfuhr in den letzten Monaten beträchtlich. Insgesamt, d. h. von August bis April einschließlich, unterscheidet sie sich nur unwesentlich von dem Ergebnis des Vorjahres.

Sollte sich — wie es auf Grund der vorliegenden Meldungen über die Ernteaussichten nicht ausgeschlossen erscheint — tatsächlich herausstellen, daß Polen nicht imstande ist, im neuen Erntejahr die Getreideausfuhr wieder aufzunehmen, so würde das weitgehende Rückwirkungen auf die Außenhandelslage und die Gesamtwirtschaft des Landes haben; denn das starke Ansteigen des Einfuhrbedarfs zwingt Polen, alle verfügbaren Mittel für eine Steigerung seiner Ausfuhr einzusetzen. Die Gefahren, die ein ungünstiger Ernteausschlag für die Außenhandelslage Polens nach sich zieht, sind um so höher einzuschätzen, als neben dem Ausfall des Ausfuhrerlöses für Getreide gleichzeitig auch eine Minderung der Ausfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen zu erwarten ist. Schon jetzt besteht Anlaß zu ernsthaften Befürchtungen um die Entwicklung des Viehbestandes in Polen. Der geringe Umfang der Eieranlieferungen in den letzten Monaten auf den verschiedenen polnischen Märkten zeigt deutlich, daß bereits eine Einschränkung der Kleinviehhaltung eingetreten ist, weil die Verknappung an Futtermitteln und die damit verbundene Preissteigerung die Hühnerzucht vielfach bereits unwirtschaftlich gemacht haben. Wenn nach der Ernte keine Erleichterung der Futtermittelversorgung eintreten kann, muß sich dies auch auf den Viehbestand auswirken, der gerade erst im letzten Jahre eine leichte Besserung erfahren hatte. Unter Umständen brauchte dies sich nicht sofort bei der Ausfuhr von Tieren und Fleisch auswirken, da bei der Verknappung an Futtermitteln die Abschachtungen und Verkäufe kurze Zeit sogar ansteigen könnten.

Einzelhandel

Sommerschlußverkauf 1937

Der diesjährige Sommerschlußverkauf findet in der Zeit von Montag, dem 26. Juli, bis Sonnabend, dem 7. August, statt.

Es dürfen in dieser Veranstaltung Textilien, Bekleidungsgegenstände und Schuhwaren zum Verkauf gestellt werden.

Nachstehend das Verzeichnis derjenigen Textilwaren, die in den Sommerschlußverkauf 1937 nicht hineingenommen werden dürfen:

Weißes Wäschestoffe jeder Art einschließlich Rohnessel, Inletts jeder Art, Handtücher jeder Art einschließlich Frottierhandtücher und Küchenhandtücher, Küchengebürttücher, Badetücher, Erstlingswäsche, Bettwäsche jeder Art, Bettfedern, Kapok und sonstiges Bettenfüllmaterial, Matratzen, Matratzenshoner, Reformunterbetten, Bettstellen, blaue Mützen aller Art, schwarze steife Herrenhüte, Seidenhüte und Klapphüte,

schwarze weiche Herrenhüte, Berufskleidung. Zugelassen sind jedoch Livreen und Chauffeuranzüge, Pelze, pelzgefütterte Mäntel, Teppiche, Brücken und Verbindungsstücke jeder Art einschließlich Säuer und Vorlagen, Fahnen und Fahnenstoffe jeder Art, Herrenschirme und -stöcke, Stockschirme, glatte schwarze Damenschirme, Kinderschirme, Gartenschirme.

Anordnung über die Errichtung und Erweiterung von Versandgeschäften

Der Reichswirtschaftsminister hat unter dem 20. Mai d. Js. eine Anordnung betr. das Verbot der Errichtung und Erweiterung von Textilversandgeschäften erlassen, die folgenden Wortlaut hat:

§ 1.

(1) Bis zum 1. Juli 1940 ist es nur mit meiner Genehmigung gestattet:

1. neue Unternehmungen zu errichten, die den Verkauf der im folgenden genannten Waren an den letzten Ver-

braucher überwiegend im Wege des Versandtes betreiben (Versandgeschäfte):

Tabakwaren, Kaffee, Tee, Kakao, Arzneimittel (Heil- und Vorbeugungsmittel) und Heilgeräte, Textilwaren, Schuhe, Lederwaren, Möbel, Elektrogeräte, Glas- und Porzellanwaren, Spielwaren, Musikinstrumente und Zubehör, Rasierapparate und Rasierklappen, Bestecke, Uhren, Schmuckwaren, Fahrräder, Nähmaschinen, Werkzeuge, Photoapparate und Zubehör, Seifen, Wasch- und Putzmittel, Parfümerien.

2. in bestehenden Unternehmungen den Vertrieb von Waren der in Ziffer 1 genannten Art im Wege des Versandtes neu aufzunehmen.

3. die Verpackungs- und Versandräume bestehender Unternehmungen der in Ziffer 1 und 2 genannten Art zu erweitern oder die in diesen Räumen bisher ausgeübte Tätigkeit in andere Räume zu verlegen oder sonst neue Verpackungs- und Versandräume einzurichten.

(2) Ich behalte mir vor, meine Genehmigung mit Bedingungen und Auflagen zu versehen.

§ 2.

Wer einer der Vorschriften des § 1 oder den von mir gemachten Auflagen (§ 1 Absatz 2) zuwiderhandelt, kann durch polizeilichen Zwang nach Maßgabe der Landesgesetze zur Beachtung der Vorschriften und Auflagen angehalten werden. Er wird vom Kartellgericht mit einer Ordnungsstrafe bestraft, wenn ich es beantrage. Die Ordnungsstrafe wird in Geld festgesetzt; ihre Höhe ist unbegrenzt.

Preise

Ablehnung von Geschäften

Der Reichskommissar für die Preisbildung hat sich wie folgt geäußert:

„Von verschiedenen Seiten wird mir mitgeteilt, daß zahlreiche Firmen auf das Verlangen, zu dem gesetzlich festgesetzten Preis abzuschließen, mehr oder weniger deutlich zu erkennen geben, daß sie an Lieferungen zu diesen Preisen kein Interesse haben und daß sie diejenigen, die ihnen höhere Preise bewilligen, bevorzugen müßten. Weiterhin wird augenscheinlich in zahlreichen Fällen der Standpunkt vertreten, daß das Preiserhöhungsverbot nur gegenüber Kunden gilt, mit denen Geschäfte bereits vor dem von mir festgesetzten Stichtag abgeschlossen wurden, nicht aber bei neuen Geschäftsverbindungen. Weiter mehrten sich die Fälle, in denen gegenüber Kunden, die sich auf die gesetzlichen Preisbestimmungen berufen, die Belieferung überhaupt abgelehnt wird. Ich bin nicht gewillt, dieses eigennützige Verhalten, das einen sehr bedenklichen Mangel an Verantwortungsgefühl gegenüber der Allgemeinheit offenbart, länger zu dulden, werde vielmehr mit der ganzen Strenge des Gesetzes und ohne Schonung gegen diese Rechtsbrecher vorgehen.“

Rabatte und Preisstoppverordnung

Nach einer Entscheidung des Reichskommissars für die Preisbildung stellt eine Senkung von Mengenrabatten keinen Verstoß gegen die Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen vom 26. 11. 1936 dar, wenn sich die Voraussetzungen für die Rabatteinstufung geändert haben, d. h. wenn die gelieferten und abgenommenen Mengen nicht mehr den in den Rabattstufen vorgeschriebenen Umfang erreichen.

Sowohl bei der Eingruppierung in diese Rabattstufen als auch bei der Berechnung eines Mengenrabattes für Ein-

§ 3.

Diese Anordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Ich behalte mir vor, sie jederzeit aufzuheben.

„Fachgeschäft“ nur für Fachgeschäfte

In der kaufmännischen Praxis ergibt sich immer wieder die Feststellung, daß das Wort „Fachgeschäft“ in der Werbung geführt wird, ohne daß die dafür notwendigen Voraussetzungen gegeben sind. In dem Artikel „Fachgeschäft mit doppeltem Boden“ in Nr. 119 der „Textil-Zeitung“ war bereits auf die Grenzen der Verwendung des Wortes „Fachgeschäft“ hingewiesen. In dem damals behandelten Falle hatte sich ein Kaufhaus einmal als „Fachgeschäft für Wäsche“, ein anderes Mal als „Fachgeschäft für Herrenbekleidung“ und zum dritten Male als „besonders leistungsfähig in Möbeln“ bezeichnet.

Die „T.Z.“ hatte diesen Fall den zuständigen Stellen unterbreitet. In der Antwort wird ausgeführt, gegen die angeführten Firmenbezeichnungen bestehen aus werberechtlichen Gesichtspunkten insofern Bedenken, „als die Bezeichnung nicht der nach Ziffer 6 der 2. Bekanntmachung des Werberates der deutschen Wirtschaft zur Pflicht gemachten Klarheit in der Wirtschaftswerbung nachkommt und zur Irreführung des Publikums Veranlassung geben dürfte. Neben der Klarheit muß die Firmenbezeichnung auch einheitlich sein.“

Damit dürfte eindeutig festgestellt sein, daß das Wort „Fachgeschäft“ in der Werbung nur den tatsächlichen Fachgeschäften vorbehalten sein soll.

zelllieferungen sind Zweifel darüber entstanden, ob sich die Höhe des Mengenrabattes nach dem Umfang der gelieferten oder der von Abnehmern bestellten Mengen richtet. Normalerweise werden sich die bestellten und gelieferten Mengen der Höhe nach decken. — Bei der augenblicklichen starken Beanspruchung der Wirtschaft ist es jedoch den Lieferanten vielfach z. B. wegen der Materialverknappung nicht möglich, die Bestellungen in dem gewünschten und bestellten Umfang auszuführen. Hier sind zwei Fälle zu unterscheiden:

1. Hat der Lieferer den Auftrag in dem bestellten Umfang angenommen, so ist die Höhe des Rabattes nach der Menge der bestellten Ware zu berechnen.
2. Hat jedoch der Lieferer die Ausführung des Auftrages von dem Vorhandensein des erforderlichen Materials abhängig gemacht und keine feste Zusage für den ganzen Auftrag abgegeben, so ist dem Lieferer nicht zuzumuten, für die Rabattberechnung die Menge der bestellten Ware zugrunde zu legen. Hier ist für die Höhe des Rabattes lediglich die Menge der gelieferten Ware maßgebend.

Es liegt jedoch ein Verstoß gegen die Preisstoppverordnung vor, wenn die Lieferer die große Nachfrage dazu benutzen, um zum Zweck der Rabattsenkung die vorhandenen Bestellungen in Teillieferungen oder nur teilweise auszuführen und den Rest der vorhandenen Ware an neue Abnehmer zu liefern.

Nach den gleichen Grundsätzen ist auch der Fall zu beurteilen, in welchem der Händler von der Großhändlerliste gestrichen werden soll, weil der Lieferer infolge von Materialverknappung einen Teil der Ausführung der übernommenen Aufträge verschieben mußte und der Händler infolgedessen nicht die verlangte Menge im Jahre 1936 abnehmen konnte.

Es gibt keinen „Behördenrabatt“.

Die Frage, ob es einen besonderen Behördenrabatt gebe, wird im Ministerialblatt für Wirtschaft von Ministerialrat Gottschick verneint. Das Rabattgesetz kenne keine Vorschrift, die eine Behörde berechtige, allein aus ihrer Funktion als Behörde Vorzugspreise zu fordern. Sonderpreise, die wegen der Zugehörigkeit zu bestimmten Verbraucherkreisen eingeräumt werden, seien nach dem Rabattgesetz grundsätzlich verboten. Eine Ausnahme davon ist grundsätzlich nur für Großverbraucher zugelassen, das heißt für solche Abnehmer, die sich in einem besonderen Lieferungsvertrag zur Großabnahme verpflichten, denn nur dann lasse sich die ausnahmsweise Zulassung von Sonderpreisen wirtschaftlich rechtfertigen. Der Großabnehmer dürfe allerdings auch auf Grund eines Sukzessivlieferungsvertrages beziehen, das heißt die Ware in Teillieferungen abrufen, ohne damit schon den Anspruch auf Rabatt zu verlieren. Voraussetzung bleibe nun auch hier die Anschaffung einer über den normalen Privatbedarf hinausgehenden großen Menge. Auch die Durchführungsbestimmungen zu § 9 Z. 2 des Rabattgesetzes besagen nicht, daß die dort erwähnten Sonderpreise für Behörden nun ein für allemal einen Anspruch auf bevorzugte Preisstellung einschließen, sie stellen nur klar, daß die Bezugnahme auf allgemeine behördliche Beschaffungsbedingungen der Forderung des Rabattgesetzes nach Abschluß eines besonderen Lieferungsvertrages genüge. Der behördliche Besteller müsse aber auch tatsächlich Großverbraucher sein. Nicht einzubeziehen seien Wirtschaftsunternehmungen des Reiches oder der Länder; auch öffentliche Körperschaften mit selbständigem Haushalt genießen nicht den Vorzug der Ausnahmеворschrift.

Preisbildung

Wir setzen die in Nr. 2 S. 27 der „Ostpommerschen Wirtschaft“ gegebene Zusammenstellung der Runderlasse des Reichskommissars für die Preisbildung fort:

Nr.

- 70 Erhöhung der Kapselpreise durch den Fachverband deutscher Kapselfabrikanten.
- 72 Preisgestaltung für Kälber und Kalbfleisch.
- 79 Preisgestaltung für ausländische Waren auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft.
- 84 Preissteigerungen für Steinguterzeugnisse.

Verschiedenes

Wegengagieren von Gefolgschaftsmitgliedern

Nach einer Bekanntmachung des Reichstreuhanders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Pommern ist es unstatthaft und entspricht es nicht dem Sinne der nationalsozialistischen Regierung sowie vor allem der Durchführung des Vierjahresplanes, Gefolgschaftsmitglieder aus anderen Betrieben und auch aus fremden Wirtschaftsgebieten durch Inserate und andere Mittel abzuwerben. Durch eine solche unerantwortliche Handlungsweise würden Unstimmigkeiten in die Reihen der Arbeitskameraden herbeigeführt.

Der Reichstreuhanders weist ausdrücklich darauf hin, daß alle Arbeitskräfte nur durch das zuständige Arbeitsamt anzufordern sind.

Der Genuß von Seefischen ist gesund!

15 Punkte, die für den Genuß von Seefischen sprechen

Für den Genuß von Seefischen sprechen sowohl medizinische wie hauswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Gründe mancherlei Art.

- 85 Erzeugerpreise für inländisches Frischgemüse und Frischobst.
- 87 Aufteilung der Handelsspanne für Eier zwischen Groß-, Mittel- und Einzelhandel.
- 89 Preisregelung für die Abgabe von Spargel im Groß- und Einzelhandel.
- 94 Preise für Kraftfahrzeugreifen.
- 95 Preise für landwirtschaftliche Pachten und Fischereien.
- 103 Ausnahmegewilligung für überseeische (außereuropäische) Hölzer.
- 104 Preisgestaltung für Hammelfleisch im Kleinhandel.
- 105 Anordnung über den Absatz von entrahmter Frischmilch.
- 107 Preise für Kraftfahrzeugreifen.
- 109 Rabatte und Preistopverordnung.

Außerdem sind die folgenden Verordnungen ergangen:
Verbrauchshöchstpreise für Hühner- und Enteneier. Dom 13. 4. 1937.

Regelung der Verbraucherpreise und Handelsspannen im Geschäftsverkehr mit Ersatzteilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger. Dom 17. 4. 1937.

Bildung von Preisen und Entgelten auf dem Gebiete der Lederwirtschaft. Dom 29. 4. 1937. Unter dem gleichen Datum sind hierzu drei Ausführungsverordnungen ergangen.

Höchstzulässige Preise für Hasen- und Kaninchenfelle. Dom 29. 4. 1937.

Preisbildung für Fichten- (Tannen-) und Rotbuchen-Stammholz für das Forstwirtschaftsjahr 1937. Dom 4. 5. 1937.

Preisbildung für Kiefern-Stammholz für das Forstwirtschaftsjahr 1937. Dom 4. 5. 1937.

Erste und Zweite Ausführungsverordnung zur Verordnung über die Verbilligung von Stickstoff- und Kalidüngemitteln. Dom 23. und 24. 5. 1937.

Reichs-Kraftwagentarif

Nach Mitteilungen, die der Kammer zugegangen sind, wird mit der Inkraftsetzung des neuen Reichs-Kraftwagentarifs zum 1. Juli 1937 nicht gerechnet werden können. Es wird vielmehr eine erneute Verlängerung der 3. Zt. in Kraft befindlichen Bestimmungen zu erwarten sein.

Medizinische Gründe.

1. Abwechslung in der Ernährung ist Grundbedingung für den menschlichen Körper. Der Genuß anerkannt bester Nährstoffe fördert die Gesunderhaltung in erster Linie.
2. Die im Seefisch enthaltenen Nährstoffe werden wegen des feinen Gewerbes des Seefisches zu 95—98 v. H. verdaut.
3. Der Seefisch enthält die für den Körper erforderlichen Nährstoffe in geradezu idealer Zusammensetzung, weil seine Nahrung, die er sich in der Freiheit sucht, vielseitig zusammengesetzt ist.
4. Seefisch ist ein ausgezeichneter Vitaminenlieferant.
5. Seefisch enthält verhältnismäßig viel Jod, ein vorzügliches Vorbeugungs- und Heilmittel gegen den Kropf.
6. Der große Lecithingehalt des Seefisches mit seiner nervenstärkenden Wirkung ist heutzutage besonders wertvoll.
7. Der reiche Eiweißgehalt des Seefisches fördert die Muskelbildung.
8. Phosphorsaurer Kalk des Seefisches fördert die Bildung starker Knochen bei Kindern sowie Erneuerung der Gehirnschubstanz.

9. Wegen seiner leichten Verdaulichkeit ist der Seefisch gut als Mahlzeit während durchgehender Arbeitszeit, für Leute mit unreinem Blut, als Vorbeugungsmittel gegen Gicht, Rheuma und Arterienverkalkung.

Hauswirtschaftliche Gründe.

10. Seefisch ist beim Einkauf der gerade gangbarsten Werte preiswert und wegen seines feinen Gewebes schnell gar, daher werden im Heizstoffverbrauch Ersparnisse erzielt.

11. Seefisch ist wegen der täglich frisch einkommenden Fänge der Fisch-Eilzüge und heutigen Kältetechnik jederzeit und überall blutfrisch zu bekommen.

12. Die Möglichkeit, heute überall Fisch als Filet zu beziehen, vereinfacht das Heimbringen vom Geschäft nach Haus und die vorbereitenden Arbeiten, verringert den Fischgeruch und erspart die Abfallbeseitigung.

13. Aus Seefisch können genau die gleichen Gerichte hergestellt werden wie aus Fleisch, und durch Beigabe eines Gemüses kann eine genügend lange Sättigung erzielt werden.

Volkswirtschaftliche Gründe.

14. Der Verbrauch von Seefischen deutschen Fanges schafft Arbeit und verringert den Abfluß deutschen Geldes ins Ausland.

15. Die Seefischerei ergänzt die deutsche Lebensmittelproduktion.

Holzzuweisungen der Marktvereinigung der deutschen Forst- und Holzwirtschaft

In Zuschriften von Mitgliedern der Marktvereinigung wird immer wieder die Auffassung vertreten, daß die Marktvereinigung auf Grund der vom Reichsforstmeister am 10. April 1937 erlassenen Anordnung zur Regelung der Verteilung und des Absatzes von Rundholz und Holzhalbwaren nunmehr allgemein eine Zuteilung von Holz an jeden einzelnen Betrieb vornehmen werde, und daß zwischen Käufer und Verkäufer bisher abgeschlossene Verträge nicht mehr einzuhalten seien.

Diese Erwartung ist irrig. Durch die oben genannte Anordnung ist die Marktvereinigung zwar befugt, Holzzuweisungen vorzunehmen, jedoch ist ein derartiger Eingriff nur für dringende Notfälle vorgesehen.

Neuregelung

des Verkehrs mit Fellen und Häuten

Die Ueberwachungsstelle für Lederwirtschaft veröffentlicht im Deutschen Reichsanzeiger ihre Anordnung 34 (Verkehr mit Fellen und Häuten) vom 8. Juni 1937. In dieser Anordnung sind die bisher in den Anordnungen 13, 17, 22 und 32 enthaltenen Vorschriften über den Verkehr mit Fellen und Häuten nach Vornahme einer Reihe von Änderungen und Ergänzungen zusammengefaßt. Ferner sind aus der Anordnung 20 (Höchstzulässige Preise für Felle und Häute) diejenigen Vorschriften übernommen worden, die in das Gebiet der Rohstoffbewirtschaftung gehören und keine eigentlichen Preisvorschriften darstellen.

In der neuen Anordnung sind zunächst die verschiedenen Begriffe (Erzeuger, Verwertungen, Händler, Verarbeiter pp.) festgelegt. Eine grundlegende Neuerung ist die Bezirksenteilung. Das Reichsgebiet ist in fünfzehn Anfallsbezirke eingeteilt worden. Die in diesen Bezirken anfallenden Felle und Häute dürfen erst aus dem Anfallsbezirk entfernt werden, wenn sie an einen Verarbeiter verkauft werden. Hierdurch soll eine reinliche Scheidung der verschiedenen Provenienzen und damit eine bessere Kontrolle sowohl hinsichtlich der Qualität der Abschachtung als auch der Beobachtung der Preisvorschriften ermöglicht werden. Die Vorschriften über den Verkauf durch den Erzeuger (Abschlachte) bringen nur unwesentliche Änderungen gegenüber

dem bisherigen Rechtszustand. Zu bemerken ist, daß nur noch die Verpro-Berlin den Verwertungen zugerechnet wird, während die Verpros Breslau und Halle als Großhandelsfirmen behandelt werden. Eine weitere Neuregelung von grundlegender Bedeutung stellt die Bestimmung dar, daß die Verarbeiter — abgesehen von den wie bisher in geringem Umfang zulässigen Direktkäufen — nur noch von einer Häuteverwertung oder von einem Großhändler kaufen dürfen. Damit wird das gesamte Handelsgefälle über die Großhändler geleitet und so in Verbindung mit der Beschränkung des Anfalls auf den jeweiligen Bezirk eine wesentlich bessere Kontrolle als bisher gewährleistet. Ferner ermöglicht diese Regelung, auch den Handel zu Lieferungen für bestimmte Zwecke heranzuziehen.

Die Bestimmungen über die Kontingentierung der Verarbeiter halten sich im wesentlichen im Rahmen der bisherigen Vorschriften mit der Maßgabe, daß die Ueberwachungsstelle berechtigt ist, in Einzelfällen von den für die Feststellung des Normalbedarfs geltenden Regeln abzuweichen. Die Vorschriften über die Errechnung des Normalbedarfs und der Einkaufsgenehmigung sind in verschiedenen Punkten ergänzt, um die während der bisherigen Handhabung aufgetretenen Zweifelsfragen zu klären. Die Ueberwachungsstelle hat auch die Berechtigung erhalten, den Verarbeitern Vorschriften bezüglich der Herstellung und Verwertung ihrer Erzeugnisse zu machen.

Für die Verarbeiter der Gruppe F (Schaf- und Ziegenfelle pp.) ist von Bedeutung, daß die Verarbeitung von bewollten Schaffellen nicht weiter verstärkt werden darf.

Die Anordnung tritt am 1. Juli 1937 in Kraft; die Vorschrift, daß der Verkauf an die Verarbeiter nur noch über Großhändler erfolgen darf, wird erst am 1. September 1937 wirksam, damit die beteiligten Kreise hinreichend Zeit zur Umstellung ihrer Geschäftsbeziehungen haben.

Baugelder für Landarbeiterwohnungen

Der Bau von Landarbeiterwohnungen gehört mit zu den wesentlichsten Aufgaben des Vierjahresplanes. Die Anordnungen von Ministerpräsident Göring haben neue Mittel dafür zur Verfügung gestellt. Jetzt hat der Reichsarbeitsminister Durchführungsvorschriften erlassen, die genau klären, an wen und in welcher Höhe Darlehen zum Bau von Landarbeiterwohnungen gewährt werden. Das Gauheimstättenamt teilt uns über die Durchführung der Aktion in Pommern folgendes mit:

Für die Durchführung des Baues von Werkwohnungen gewährt die Preussische Landesrentenbank in Berlin Darlehen, die jeder Bauer und Landwirt, der Landarbeiter oder Handwerkerfamilien beschäftigt, für die er keine oder nur unzulängliche bzw. baufällige Wohnungen hat, erhalten kann. Auch Entschuldungsbetriebe können berücksichtigt werden.

Auf Grund eines Bewilligungsbescheides gewährt die Landesrentenbank einen Dauerkredit bis zu 85 v. H. des Neubauwertes. Das restliche Geld hat der Bauherr durch Mitarbeit, Lieferung von Baustoffen und geringe Barmittel aufzubringen. Ein nennenswertes Eigenkapital zum Bau ist nicht erforderlich.

Im Regelfall wird gewährt:

a) Für Werkwohnungen bei einem Neubauwert von rd. 4500 Mark ein Darlehen der Landesrentenbank von 3820 Mark;

b) bei erhöhten Baukosten von 5500 Mark ein Darlehen bis zu 4680 Mark je Werkwohnung.

Auf das Darlehen ist eine Rente von 4 v. H. jährlich, und zwar in vierteljährlichen Teilbeträgen zu zahlen. Bis zur Fertigstellung des Baues wird ein zinsloser Zwischenkredit gegeben.

Bei den Bauvorschriften ist zu beachten, daß höchstens zwei Werkwohnungen in einem Doppelhaus zusammengefaßt werden dürfen. Zu jeder Wohnung muß ein Wirtschaftsgebäude oder Wirtschaftsteil am Wohngebäude errichtet werden. Die Wohnfläche muß mindestens 40 Quadratmeter betragen, der

Stallraum bei Werkwohnungen mindestens 15 Quadratmeter. Jede Werkwohnung muß außerdem ein Stück Gartenland erhalten.

Anträge zum Bau von Werkwohnungen sind bei dem zuständigen Landratsamt zu stellen, und zwar unter Verwendung von Fragebogen, die dort zu haben sind. Nach Erteilung des Bewilligungsbescheides (in Preußen durch die Regierungspräsidenten) helfen die sogenannten Verfahrens-träger (in Pommern die Pommersche Heimstätte, Stettin, Handelsstraße 17) den Bauherren bei der Wahl der Baupläge, der Aufstellung des Bauentwurfes, der Kostenermittelung und der Finanzierung. Die Bauten müssen innerhalb eines Jahres durchgeführt und abgerechnet sein.

Die Finanzierung und Belastung einer Werkwohnung bei einem Neubauwert von rund 4500 Mark gestaltet sich wie folgt:

Finanzierung

	Mark
1. Darlehen der Landesrentenbank 85 v. H. von 4500 Mark	3820,—
2. Mitarbeit und vorhandene Baustoffe 10 v. H.	450,—
3. Eigenkapital 5 v. H.	220,—
zusammen	4490,—

Belastung

	Mark
jährlich 4 v. H. des Darlehns der Landesrentenbank von 3820 Mark	152,80
somit monatliche Belastung von	12,70
Der Bauer oder Landwirt hat bar aufzubringen 5 v. H. der Gesamtkosten	220,—
Disagio des Darlehns der Landesrentenbank 2 v. H. von 3820 Mark	75,—
zusammen	295,—

Die Finanzierung und Belastung bei einem Neubauwert von 5500 Mark stellt sich etwa wie folgt:

Finanzierung

	Mark
1. Darlehen der Landesrentenbank 85 v. H. von 5500 Mark	4680,—
2. Mitarbeit und vorhandene Baustoffe 10 v. H.	550,—
3. Eigenkapital 5 v. H.	270,—
zusammen	5500,—

Belastung

	Mark
jährlich 4 v. H. des Darlehns der Landesrentenbank von 4680 Mark	187,20
somit monatliche Belastung von	15,60
Der Bauer oder Landwirt hat bar aufzubringen 5 v. H. der Gesamtkosten	270,—
Disagio des Darlehns der Landesrentenbank 2 v. H. von 4680 Mark	93,—
zusammen	363,—

Unter den vorgenannten Bedingungen ist jeder Landwirt und Bauer in der Lage, gesunde Werkwohnungen zu bauen. Während früher die Durchführung neuer Bauvorhaben in den meisten Fällen an der fehlenden Restfinanzierung scheiterte, ist diese nunmehr durch die Herabgabe eines Darlehns so niedrig gehalten, daß dem Bau von Werkwohnungen keine Schwierigkeiten mehr im Wege stehen.

Förderung des landwirtschaftlichen Maschinenwesens

Der Reichs- und Preussische Minister für Ernährung und Landwirtschaft R. Walther Darré hat aus Mitteln des Reichshaushalts dem Reichsnährstand namhafte Beträge zur Förderung des landwirtschaftlichen Maschinenwesens zur Verfügung gestellt, und zwar für die Gewährung von Bei-

hilfen zur Anschaffung von gemeinschaftlichen Saatgutreinigungsanlagen einschließlich Beizmaschinen, zur Förderung der Einrichtung von gemeinschaftlichen Waschanlagen, zur Instandsetzung von Dreschmaschinen bestehender Lohnunternehmer und zur Beschaffung von Landmaschinen in besonders bedürftigen Gebieten.

Die 3. Zt. vorhandenen Saatgutreinigungsanlagen reichen nur aus, um etwa 25% der gesamten in Deutschland verwendeten Saatgutmengen zu verarbeiten. Um die Verluste bei Verwendung ungereinigten Saatgutes zu vermeiden, soll die Beschaffung von Saatgutreinigungsanlagen auf gemeinschaftlicher Grundlage durch Beihilfen gefördert werden. Die Höhe der Beihilfe beträgt 30% des Bruttopreises der Anlage.

Die Errichtung von gemeinschaftlichen Waschanlagen wird gefördert, um der Landfrau bei der sich regelmäßig wiederholenden Erledigung der großen Wäsche Zeit zu ersparen und ihr die Arbeit zu erleichtern. Aus den bereitgestellten Mitteln kann für die Anlage eine Beihilfe in Höhe von 30% der Kosten für die maschinelle Einrichtung einschließlich Montage gegeben werden.

Die Beihilfen zur Instandsetzung von Dreschmaschinen bestehender Lohnunternehmer werden gewährt, weil diese teilweise mit Dreschmaschinen arbeiten, die stark abgenutzt sind und dadurch erhebliche Körnerverluste mit sich bringen. Eine Instandsetzung soll bei solchen Lohndreschmaschinen erfolgen, bei denen eine Prüfung einen Dreschverlust von über 2% ergibt. Für die sofortige Instandsetzung wird eine Beihilfe von 40% des Rechnungsbetrages unter bestimmten Bedingungen gegeben.

Schließlich werden noch Beihilfen bis zu höchstens 30% des Bruttopreises für die Anschaffung von arbeitsparenden Maschinen und Bodenverbesserungsgeräten in besonders bedürftigen Gebieten unter bestimmten Bedingungen gewährt.

Die Richtlinien für die Gewährung der genannten Beihilfen werden in der nächsten Folge des Reichsministerialblattes der landwirtschaftlichen Verwaltung veröffentlicht werden.

Handelsübliche Verpackung von Schmierseife

Es besteht Veranlassung erneut auf ein von der Reichswirtschaftskammer erstattetes Gutachten hinzuweisen, das wir nachstehend im Auszug wiedergeben:

„Zur Verpackung von Schmierseifen, gelegentlich auch von Margarine, Marmelade, Apfelkraut, Fondantmasse, Sauerkraut und Senf werden vielfach Haushaltsgegenstände verschiedenster Art verwendet. Als handelsübliche Verpackung können nur Eimer und ähnliche Blechgefäße, auch in Form von Mannen, dann gelten, wenn die Verpackung in verzinkten oder emaillierten Blechgefäßen in Rücksicht auf die Eigenart der Füllware besonders zweckmäßig ist. Es wird nichts dagegen einzuwenden sein, wenn das nun einmal als besonders zweckmäßig anerkannte Verhältnis aus verzinktem oder emailliertem Blech zur Erleichterung des Transports mit einem Tragbügel oder mit Handgriffen versehen wird. Eimer und Mannen sind deshalb, namentlich dann, wenn sie die für Haushaltsartikel dieser Art gebräuchlichsten Formen vermeiden, als eine dem üblichen entsprechende Verpackung der Ware noch anzusehen.

Die hier weiter vielfach verwendeten Haushaltsgegenstände, wie Kochtöpfe, Ringtöpfe, Essenträger, Bratpfannen, Kuchenformen, Milchkocher, Milchkannen, Nachtgeschirre, Schaffnerkrüge, Waschküßeln, Jaucheschöpfer, Siebe, Samenstreuer u. dergl. können dagegen keinesfalls noch als handelsübliches Zubehör im Sinne der Ausnahmen vom Zugabeverbot angesehen werden. Alle diese Gegenstände sind in besonders betonter Weise schon ihrer Form nach zu einem selbständigen Verwendungszweck bestimmt.“

Verstöße gegen die im Vorstehenden wiedergegebenen Grundsätze ziehen eine Strafverfolgung gemäß § 1 Abs. 1, 3 der Zugabeverordnung nach sich.

Schuldnerverzeichnisse

— Sonderbeilage der Ostpommerschen Wirtschaft —

Offenbarungseide, Haftbefehle, Konkursanträge.

(Ohne Gewähr für Vollständigkeit und Richtigkeit. Berichtigungsanträge sind bei den Amtsgerichten zu stellen.)

Nachstehend bringen wir Fortsetzungen der Listen über die geleisteten Offenbarungseide, die ergangenen Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides und die mangels Masse abgelehnten Konkursanträge.

Für die letzten fünf Jahre liegen diese drei Verzeichnisse ebenfalls vor. Firmen, die Interesse daran haben, erhalten in Einzelfällen Auskunft von der Kammer nach Maßgabe der bestehenden Bestimmungen.

Nachdruck der Verzeichnisse — auch auszugsweise — ist verboten.

Die Schuldnerlisten gehen nur den zur Kammer zugehörigen Firmen zu, und zwar denjenigen, die eine Gebühr von jährlich 2 RM eingezahlt haben. Diese sind verpflichtet, die Schuldnerlisten weder zu vertreiben, noch zur Einsichtnahme durch einen unbestimmten Personenkreis auszulegen.

Amtsgericht Bad Polzin.

A. Geleistete Offenbarungseide.

- Droese, Mag, Vieh- und Pferdehändler, Bad Polzin, Tempelburgerstr. 12 (8. 5.)
Radtke, Margarete, geb. Barz, Ehefrau, Bad Polzin, Bismarckpromenade 1 (9. 6.)
Radtke, Paul, Arbeiter, Bad Polzin, Bismarckpromenade 1 (9. 6.)

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.

- Donicht, Paul, Bauunternehmer, Schmalzenthin Kr. Neustettin (12. 5.)
Groß, Paul, Landarbeiter, Bad Polzin, Lohmühle (20. 5.)
Gutzzeit, Hans, Bad Polzin, Tempelburgerstr. 22 (20. 5.)
Hellweg, Frieda, Ehefrau, Bad Polzin, Tempelburgerstr. 12 (28. 4.)
Jßberner, Arthur, Bauer, Neuwuhrow (20. 5.)
Kadel, Mag, Kaufmann, Bad Polzin (9. 6.)
Schmidt, Wilhelm, Bad Polzin, Hospitalstr. 1 (16. 6.)
Wagner, Ludwig, Bad Polzin, z. 3t. Gerichtsgefängnis Bärwalde (4. 5.)

Amtsgericht Bärwalde.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Keine.

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.

- Gehrke, Marta, Frau, geb. Weyer, Bärwalde (11. 5.)

Amtsgericht Belgard/Perf.

A. Geleistete Offenbarungseide.

- Günther, Gustav, Dentist, Belgard, Markt 4 (21. 5.)

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.

- Behlin, Mag, Belgard, Lindenstr. 46 (7. 5.)
Jemke, Erich, Fahrräder, Groß-Tuchow Kr. Belgard (25. 5.)

Amtsgericht Bütow.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Keine.

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.

- Dommer, Erdmann Robert, Kreisparkassistent, Bütow (14. 5.)
Hoppe, Wilhelm, Landwirt, Neuhoß (16. 4.)
Leschke, Johannes, Schuhmachermeister, Bütow (28. 5.)
Zawar, Günther, Dentist, Groß-Tuchow (16. 4.)

Amtsgericht Falkenburg/Dom.

A. Geleistete Offenbarungseide.

- Halizki, Artur, Handelsmann, Falkenburg (21. 5.)

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.

- v. Böckmann, Günther, Dirchow (20. 5.)
v. Böckmann, Hedwig, Ehefrau, Dirchow (20. 5.)
Krönke, Ernst, Bäckerei, Falkenburg (20. 5.)
Lück, Otto, Eigentümer, Gr. Linichen (13. 5.)
Radtke, Paul, Kaufmann, Falkenburg (20. 5.)
Schmidt, P., Elektromeister, Falkenburg, Adolf-Hitlerstr. (8. 5.)
Winter, Mag, Kraftwagenführer, Falkenburg (5. 1.)
Zellmer, August, Landwirt, Herzberg (3. 6.)
Zorn, Oswald, Falkenburg (13. 5.)

Amtsgericht Kallies.

A. Geleistete Offenbarungseide.

- Kanig, Karl, Landwirt, Kallies (17. 6.)

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.

- Frühauß, Rudolf, Lehrer i. R., Kieß-Kallies (3. 6.)
Jiesche, Hellmuth, Händler, Kieß-Kallies (4. 5.)

Amtsgericht Körlin/Perf.

A. Geleistete Offenbarungseide.

- Schiefelbein, Erich, Arbeiter, Moitßelitz (3. 5.)

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.

- Felgner, Robert, Landwirt, Petersfelde (1. 6.)
Leistner, Philipp, Tierarzt, Körlin (11. 5.)

Amtsgericht Köslin.

A. Geleistete Offenbarungseide.

- Klomp II, Otto, Inhaber einer Autoreparaturwerkstatt in Karnkewitz Kr. Schlawa (14. 5.)
Marten, Kurt, Tischler, Köslin, Runder Teich 6 (10. 5.)

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.

- Dömröse, Felix, Katasterangestellter, Köslin, Marienstr. 17 (7. 5.)
Hing, Alfred, Köslin, Elsäßerstr. 62 (7. 5.)
Röbke, Ernst, Autoreparatur, Köslin, Neue Bahnhofstr. 15 (19. 5.)
Schneider, Helene, Köslin, Baster Weg 61/63 (30. 4.)
Seefeld, Kurt, Köslin, Bubligerstr. 50 (7. 5.)
Dölz, Firma, H. u. E., Inh. Elisabeth Dölz, Thunow (7. 5.)
Westphal, Helene, Klein-Möllen-Barning (21. 5.)

Amtsgericht Kolberg.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Keine.

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.

Baah, Emil, Bauunternehmer, Kolberg (25. 5.)
Fitzlaff, Joachim, Inh. d. Bau- und Zimmergeschäfts Bruno
Fitzlaff, Degow (4. 5.)
Fechner, Fritz, Inspektor, Moiklin (25. 5.)
Heinze, Reinhold, Orgelbaumeister, Kolberg (4. 5.)
Kreß, Fritz, Kaufmann, Baustr. 20 (23. 2.)
Laabs, Erich, Restaurateur, Kolberg, 1. Pfannschmieden
(4. 5.)
Lammarsch, Ernst, Kolberg, Viktoriastr. 14/15 als Vater u.
gesetzlicher Vertreter für seinen Sohn Wolfgang
Lammarsch, Kolberg, Viktoriastr. 14/15 (4. 5.)
Neißel, Ernst, Maler, Kolberg (26. 5.)
Sander, Ulrich, Oberleutnant und Schriftsteller, Bodenhagen
(4. 5.)

Amtsgericht Lauenburg/Dom.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Bort, Hulda, Ehefrau, Lauenburg, Jakobikirchpl. 1 (24. 5.)

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.

Augustin, Kurt, Autoschlosser, Lauenburg, Bahnhofstr. 9
(1. 4.)
Blank, Leo, Landwirt, Jewitz (15. 4.)
Bauer, Oskar, Landwirt, Buckewin (29. 4.)
Jankowski, Hans, Handlungsgehilfe, Lauenburg, Siedlung-
Westend (27. 5.)
Kuschfeldt, Gustav, Sattlermeister, Althammer (22. 4.)
Lieberk, Leba (29. 4.)
Mayer, Heinrich, Arbeiter, Labehn (25. 3.)
Motzschall, Gustav, Bauer, Perlin (15. 4.)
Manthey, Paul, Landhof Krs. Stolp (29. 4.)
Paradies, Emma geb. Granzin, Dargeröse Krs. Stolp (15. 4.)
Plotke, Arbeiter, Hohenfelde, (15. 4.)
Rettke, Gustav, Kaufmann, Lauenburg, Adolf-Hitlerstr.
(29. 4.)
Stehle, Oskar, Lauenburg, Moorsiedlung (1. 4.)
Weise, Wilhelm, Elektromeister, Lauenburg, Molthkestr.
(15. 4.)
Wojewski, Susanne, Bäuerin, Hermannsthal (15. 4.)
Zechlin, Elisabeth geb. Petsch, Ehefrau, Lauenburg, Feldstr.
11 (1. 4.)

Amtsgericht Neustettin.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Keine.

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.

Gützlaß, Fritz, Elektrotechniker, Neustettin, Gneisenaueweg 4
(15. 5.)
Maschke, Rudi, Kaufmann, Neustettin, Preußischestr. (27. 5.)
Raddaß, Siedler, Neustettin, Grasmweg 94 (27. 5.)
Rusch, Fritz, Friseur, Neustettin, Forststr. 1 (27. 5.)
Schulz, Karl, Arbeiter, Kussow (27. 5.)
Vender, Erich, Landwirt, Gr. Küdde (13. 5.)
Zühlke, Fritz, Angestellter, Neustettin, Ernst-Moritz-Arndt-
straße 5 (27. 5.)

Amtsgericht Pollnow.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Keine.

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.

Erich, Gerhard Johannes, gesetzlicher Vertreter Johannes
Erich, Pollnow, Walzmühle (30. 4.)
Heuse, Walter, Pollnow (29. 4.)
Klatt, Emil, Schneidermeister, Pollnow (21. 4.)

Amtsgericht Ragebuhr.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Keine.

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.

Hübner, Reinhold, Bauer, Flederbörn Abbau (7. 5.)
Krause, Karl, Landwirt, Ragebuhr, Neustettinerstr. 13
(30. 4.)
Schulz, Fritz, Händler, Ragebuhr, Lindenstr. (15. 5.)

Amtsgericht Rügenwalde/Östsee.

A. Geleistete Offenbarungseide

Keine.

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.

Schmöckel, Erich, Kaufmann, Rügenwalde, Markt 1 (7. 5.)

Amtsgericht Rummelsburg.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Stremow, Otto, Spediteur, Rummelsburg (7. 5.)
Wolffram, Rudolf, Vertreter, Rummelsburg (14. 5.)

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.

Braun, Frieda, Ehefrau, Klein Volz (7. 5.)
Braun, Theodor, Landwirt, Klein Volz (7. 5.)

C. Mangels Masse

abgelehnte Anträge auf Konkurseröffnung.
Rückert, Emil, Händler, Schivelbein (10. 5.)

Amtsgericht Schivelbein.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Keine.

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.

Müller, Max, Kaufmann, Schivelbein, Botenhagen 24 (20. 4.)
Radoll, Walter, Bauer, Schivelbein, Stadthof (20. 4.)

Amtsgericht Schlawa.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Schulz, Hugo, Schuhmacher, Altristow (20. 5.)

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.

Bath, Max, Schlawa, Wehrkreisbauten (27. 5.)
Barske, Otto, Landwirt, Besow (20. 5.)
Herrmann, Gustav, Kr.-Verw.-Geh., Schlawa (14. 5.)
Thrun, August, Arbeiter, Wustermitz (19. 5.)
Wopkenat, Richard, Konditoreibesitzer, Schlawa (20. 5.)

Amtsgericht Stolp.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Dunst, Max, Klempnermeister, Stolp, Mühmeltstr. 19 (28. 4.)
Dommerening, Arthur, Handelsvertreter und Kaufmann,
Stolp, Hospitalstr. 8 (3. 4.)
Tschmer, Alex, Angestellter, Gr. Garde (11. 5.)
Wiese, Otto, Kaufmann, Stolp, Hospitalstr. 8 b (11. 5.)

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.

Behnke, Leonhard, Besitzer in Pottangow (14. 5.)
Blödorn, Stolp, Quebbenstr. 7 (23. 4.)
Damaschke, Kurt, Kraftwagenführer, Stolp, Wasserstr. 5
(14. 5.)
Domke, Emilie, Ehefrau, Stolp, Stolpmünderstr. 13 (28. 5.)
Dumke, Willy, Schmiedemeister, Altdamerow (22. 4.)
Duske, Bäckermeister, Stolp, Sophienstr. 1 (13. 5.)
Falgner, Friß, kaufm. Angestellter, Stolp, Gr. Gartenstr. 43
(14. 5.)
Fischer, Heinrich, Fleischermeister, Gr. Garde (2. 4.)
Frischmann, Friedrich, Kaufmann, Stolp, Hospitalstr. 13
(14. 5.)
Gesse, Förster, Quackenburg (1. 4.)
Hinz, Anna, Ehefrau, Lupow (28. 5.)
Hoffmeister, Friedrich-Karl, Bürovorsteher, Stolp, Hospital-
straße 8, b. Mütterlein (20. 5.)
Hoppe, Max, Stolp, Bleichstr. (14. 5.)
Horn, Ernst, Handwerksmeister, Stolp, Reitbahn 7 (11. 5.)
Jeske, Heinz, Kaufmann, Stolp, Hitlerstr. 41/42 (16. 4.)
Jütten, Heinz, Kaufmann, Stolp, Bütowerstr. 24 (23. 4.)
Juterzenka, Marta, Stolp, Blücherstr. 14 (23. 4.)
Kästner, Carl, Stolp, Strippentowstr. 8 (14. 5.)
Klück, Reinhold, Bauer, Neu-Darßin (14. 5.)
Kranzsch, August, Bauernhofsbesitzer, Gr. Gluschen (16. 4.)
Lange, Emil, Kolonialwarenhändler, Starnitz (16. 4.)
Mann, Friedrich, Hohenhagen (18. 5.)
v. Manteuffel, Gert, Stolp, Stiftstr. 21 (16. 4.)

Manzke, Margarete, Stolp, Blücherstr. 34 (21. 5.)
Misch, Frieda, Stolp, Dießendstr. 4 (2. 4.)
Misch, Friedrich, Stolp, Dießendstr. 4 (2. 4.)
Musch, Leo, Inhaber der Firma, Wendisch-Silkow (31. 5.)
Müller, Walter, Friseurgehilfe, Stolp, Hospitalstr. b. Bolle
(28. 5.)
Palinsky, E., Witwe, Stolp, Horst-Wesselstr. 25 (2. 4.)
Pigors, Else geb. Möller, Altgumrow (16. 4.)
Plath, Willi, Stolp, Stromstr. 1 (28. 5.)
Reichow, P., als Geschäftsführer oder Vorstand der Dach-
deckerinnung, Stolp, Fruchtstr. 10 (14. 5.)
Reiß, Otto, Stolp, Mittelstr. 7 (28. 5.)
Ritt, Hugo, Fleischermeister, Sellin Krs. Rummelsburg
(23. 4.)
Ritter, Adolf, Kaufmann, Stolp, Geersstr. 34 (14. 5.)
Ruch, Erich, Schlossermeister, Kottow (14. 5.)
Schaffelke, Otto, Klenzin (14. 5.)
Schmidt, Friedel, Stolp, Töpferstadt (20. 5.)
Schubert, Karl, Stolp, Hospitalstr. 11 (28. 5.)
Schulz, Max, Stolp, Augustastr. 14 (29. 5.)
Sitterle, Hermann, Zigarrenhändler, Sageritz, Dorfstraße
(14. 5.)
Voll, Reinhold, Arbeiter, Horst (14. 5.)
Wagner, Gustav, Architekt, Stolpmünde, Bergstr. 4 (16. 4.)
Wiese, Otto, Glowitz (2. 4.)
Weiß, Paul, Stolp, Poetensteig 10 (14. 5.)

Amtsgericht Tempelburg.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Keine.

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.

Manske, Hermann, Bauer, Pöhlen (28. 5.)
Piske, Hugo, Schneider, Tempelburg (28. 5.)

Handwritten text, likely a list or index, written in a cursive script. The text is oriented vertically and appears to be a continuation of a document from the reverse side of the page. It includes various names and possibly dates or locations, though the handwriting is difficult to decipher due to its cursive nature and the angle of the page.

Handwritten text, likely a list or index, written in a cursive script. The text is oriented vertically and appears to be a continuation of a document from the reverse side of the page. It includes various names and possibly dates or locations, though the handwriting is difficult to decipher due to its cursive nature and the angle of the page.